

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.

Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

42. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 25. Februar 1904.

№ 23.

Für den Monat März

nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements auf den „Corr.“ zum Preise von 22 Pf. entgegen. Unsere Leser und Freunde wollen die Nichtabonnenten auf vorstehendes aufmerksam machen.

Zum Schriftgießereistreik in Leipzig.

III.

Wir haben zur Klärung der gegenwärtigen Situation im Schriftgießergewerbe Deutschlands im allgemeinen und zu der in Leipzig im besondern nur wenig noch hinzuzufügen. Davon steht aber das eine fest, daß Prinzipale wie Gehilfen im ganzen Gewerbe das höchste Interesse an dem weiteren Verlaufe und an dem Ausgange des Kampfes in Leipzig haben müssen. Die hiesigen Machthaber im Schriftgießergewerbe haben versucht, dem Kampfe einen allgemeinen Charakter und ein gewisses Prinzip aufzudrücken. Vielleicht glaubten sie damit alle Gießstädte auf den Standpunkt hindrängen zu können, sich der bedrängten Leipziger Gießmeister anzuschließen und Wege einzuschlagen, die einer offenkundigen Parteinahme für die hiesigen Prinzipale gleichkommen sollte.

Man stellt sich gerade in Leipzig bei jeder unpassenden Gelegenheit nur zu gern auf eine weithin im Lande sichtbare Warte, um vom hohen Rothorn herab für alles, was da krenzt und flucht, so eine Art Univerfalswächter zu spielen. Und wenn man da mit lautem Drommetengeschmetter in die Welt hinausposaunt, daß die Gehilfenschaft den gewerblichen Frieden gestört und in einem „finsternen Streik“ das Gewerbe und sich ruinieren wolle, lebt man in der stillen Hoffnung, daß ängstliche Gemüter panikartig in den helfenden Schoß der Leipziger Prinzipalretter flüchten möchten. Wenn die Geschichte nicht einen so unsäglich bitteren Beigeschmack für die Gehilfenschaft hätte, müßte man eigentlich in grimmiger Beugnung wünschen, daß die Propaganda der Tat seitens der Leipziger Prinzipale eine erfolgreiche sein möge. Denn nichts wäre so sehr geeignet, das Schriftgießergewerbe in sich zusammenzuführen zu lassen, als die Besiegung der organisierten Gehilfenschaft.

Wie kindisch sind weiterhin die Begriffe der Leipziger Scharfmacher, wenn sie mit dem **Plane einer allgemeinen Ausscherrung der organisierten Gehilfen in Deutschland** glauben sachliche Konflikte lösen zu können. Diesen Beschluß in die Tat umzusetzen, werden sich wohl die übrigen Prinzipale in Deutschland hüten und nicht einmal Herr Giesecke hat die Kurage, den auf sein Vertreiben mitgefaßten Beschluß zur Ausführung zu bringen. Aber im übrigen haben die Ratgeber der Prinzipale nichts gelernt und nichts vergessen, sie stehen immer noch auf der Höhe der Theorie: „Annäppel aus dem Sack!“

Aber auch in Leipzig wird man noch einsehen müssen, daß alle Kultur in einem Gemeinwesen abhängig ist von dem Zusammenwirken aller Volkskräfte und daß diese soziale Erkenntnis immer breiteren Boden gewinnt, wenn auch die Wege, auf welchen das Ziel einer höhern Kultur zu erreichen ist, für Millionen noch in Dunkel gehüllt sind und dieses Emporstreben zum Lichte noch mühevoll über Schutt und Steine

veralteter Anschauungen hinweggeht. Das, was aber für alle Glieder eines Volkes ein diesem innewohnendes immanentes Gesetz ist, kann man nach Belieben nicht in den Einzelbeziehungen verschiedener Volksgruppen ausschalten. Wer sich von einer mechanischen Vorstellungsweise befreit hat, weiß, daß es für die Beziehungen der Menschen untereinander, mögen sie auch in Klassen sich zerklüften und sich mehr in der Theorie als in der Praxis bekämpfen, ungeschriebene, mit unabwendbarem Zwange sich geltend machende Gesetze gibt, die zur Anerkennung dessen zwingen, was ist. Ob man also die Arbeiterschaft niederdrücken und ihr das Mitbestimmungsrecht für ihre wirtschaftliche und soziale Existenz verweigern oder rauben will, ist gleichgültig neben der Tatsache, daß auch die reaktionärste und gewalttätigste Politik mit der Arbeiterschaft als vorhandenem Machtfaktor zu rechnen hat. Verständige Leute unter den Arbeitgebern finden sich mit dieser Tatsache ab und passen sich im Rahmen der Verhältnisse den Wünschen und Forderungen der Arbeiter an, soweit die letzteren auch tatsächlich und nicht bloß auf dem Papiere oder in der Phrase durch die Macht hochentwickelter Organisationen reif sind, mit Erfolg in die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eingreifen zu können.

In diesem Augenblicke hört die Macht des Kapitals auf, allein über Leib und Leben der Arbeiter zu bestimmen, wie andererseits auch das Geld allein in den Händen der Arbeiter (siehe z. B. den Crimmitschauer Streik) ohne die Voraussetzung einer durch die organische Entwicklung zur Macht gewordenen Organisation diesen nicht die Realisierung ihrer Forderungen und einen „Platz an der Sonne“ sichern kann.

Daher mögen die betr. Prinzipale sich in den rosigsten Hoffnungen wiegen, daß endlich einmal der Einfluß der Gehilfenschaft im Gewerbe gebrochen wird, es bleiben diese Hoffnungen doch nur trügerische. Die Gehilfen haben keine künstlich aufgepöpelte Groschenorganisation, die spekulativen Theorien nachjagt, sondern eine aus der Geschichte des Gewerbes und aus der Entwicklung der Gesamtverhältnisse herausgewachsene Organisation, deren Einfluß auf das Gewerbe bestehen bleibt, ob auch der sozial- und wirtschaftspolitische Unverstand der Leipziger Prinzipale vorübergehend die Oberhand behielte. Und nach Jahren würden sie nur dasselbe Schauspiel wieder aufs neue erleben, ganz abgesehen davon, was diese dazwischen liegenden Jahre der Prinzipalität kosten würden. Daß diese Rechnung nicht billig sein würde, das werden uns die Prinzipale auch ohne besondere Begründung glauben. Was aber neben der dauernden Unruhe des Gewerbes dieses auf Jahrzehnte zurückwerfen würde, wäre eine unabwendbare innere Korruption der ganzen Verhältnisse zwischen Arbeitern und Unternehmern mit dem Endresultate, daß auf lange Zeit hinaus die Schnitzkonkurrenz triumphierend ihr Haupt erheben würde. Die Prinzipalität kann sich die Situation von allen Seiten betrachten, das Vorteilhafteste für die Herren bleibt nur die Einigung mit der Gehilfenschaft. Einmal läßt sich die Gehilfenschaft nicht ohne wei-

teres an die Wand quetschen, ohne von den letzten, schärfsten und — zugegeben — zweischneidigsten Waffen Gebrauch zu machen, andererseits gibt es keine gewerbliche Ordnung ohne die tatkräftige Mitwirkung der organisierten Gehilfenschaft.

Es ist einfach lächerlich, wenn eine so große Gießstadt wie Leipzig der Welt verkündet, daß ein Haufen von Gelegenheitsarbeitern — März hat dafür einen klassischen Ausdruck geprägt — eine gelernte, beruflich erfahrene und seit Jahrzehnten im Gewerbe tätige Gehilfenschaft ersetzen kann, ohne daß die Produktivität des Gewerbes in bezug auf seine Dualität leiden soll. Jeder Fachmann weiß, daß erst nach vielen Jahren praktischen Schaffens jene technische Vollkommenheit erreicht wird, die mehr oder minder jedes Gewerbe auszeichnet. Und bei den Gehilfen schließt nicht die vierjährige Lehrzeit den Höhepunkt seines technischen Könnens ab, sondern erst eine darauffolgende Zeit der Sammlung neuer Erfahrungen, beruflicher vervollkommnung und eifrigen Lernens. Bestreiten das vielleicht die Herren in Leipzig?

Und noch eins: Der gelernte Gießer, der Arbeiter, der sich dieses Gewerbe zur Grundlage seiner Existenz erkoren, hat auch ein Interesse an dem Gedeihen des Gewerbes, diesem Arbeiter ist es nicht gleichgültig, wie die Verhältnisse im Gewerbe beschaffen sind; er, der vielleicht viele Jahre daran mitgearbeitet hat, daß bessere gewerbliche Zustände geschaffen wurden, steht auf einem höhern sittlichen Standpunkte als jenes Raubheide, das nur daran ein Interesse hat, durch Solidaritätsbruch vorübergehend sich einige Groschen Lohn zu ergattern.

Nach all dem in dieser Sache im „Corr.“ Gesagten ist es für den anständigen Menschen nicht schwer, sich zu entscheiden, wer eigentlich dem Gewerbe den schwersten Schaden zufügt, wer alles verneint, was zum Frieden führen kann, wer den Kampf bis aufs Messer will — und warum!

Sei's drum! Die Gehilfenschaft hält es aus, was im Rate der Leipziger Neunmalweisen beschlossen wird, was die Herren Schwarz e tutti quanti noch alles in petto haben; von uns verlange man aber nicht, daß wir ruhig zusehen sollen, wenn man der Gehilfenschaft an den Kragen will.

Mögen die prinzipiellen Turmwächter in Leipzig hundertmal versichern, daß der Streik für die Gehilfen verloren sei — wir wissen es besser! Und das genügt uns. Glaubt man denn, daß die Prinzipalität der Gehilfenschaft Sand in die Augen streuen kann, wenn sie behauptet, daß nur noch wenige Plätze frei sind und dabei bereift Herr Diesel von der Firma Numrich Böhmen und Oesterreich, um Streikarbeit angefertigt zu erhalten! Es ist dafür gesorgt, daß Herr Diesel in Wien, wo er sich jetzt hingewandt hat, den „Empfang“ findet, den wir wünschen. Herr Diesel wird die schönsten Erinnerungen vom Strande der „schönen blauen Donau“ nicht mit nach Hause bringen, für die Gehilfenschaft ist seine Reise aber der beste Beweis dafür, daß die Leipziger Prinzipalität bereits in die Lage jenes beschnittenen Mannes gedrängt ist, der auf dem Dache sitzt und sich nicht zu helfen weiß.

Zum Falle Theodor Goebel, der sich der „Zeitschrift“ gegenüber wieder rehabilitiert hat, wird uns geschrieben:

„Greifere dich nicht, lieber ‚Corr.‘, allzu sehr über diesen wunderlichen Heiligen, wie du es in Nr. 21 tust. Der Mann ist nicht mehr ernst zu nehmen. Zum Beweise dessen zwei aus seiner Feder herrührende Zeugnisse über den selig entschlafenen ‚Ratgeber‘. Dessen Redakteur, Max Pellnitz, hatte darin im Jahre 1898 ein technisches Wörterverzeichnis der graphischen Branchen in drei Sprachen erscheinen lassen und im Jahre darauf die Buchausgabe Herrn Goebel zur Kritik übersandt. Diese nun beginnt (in Nr. 28 der ‚Zeitschrift‘ vom 13. Juli 1899 unter der Rubrik: Ein graphisches Fachlexikon) folgendermaßen: ‚Im vorigen Jahre erschien in einer Anzahl Nummern eines der sogenannten Gratisblätter, mit denen unter dem reichlicher besetzten ist als irgend ein anderer — Inzeratentausch — ein Verzeichnis der in graphischen Betrieben üblichen Fachausdrücke usw. — Ratgeber — Inzeratentausch! Nicht übel! War hier vielleicht ein wenig Meid über den neuen Konkurrenten der ‚Zeitschrift‘ im Spiele und wollte sich Herr Goebel als getreuer Friedlose zeigen? — Im Laufe der Jahre schwindet jedoch diese Animosität, wie ein von ihm unterschiedener Artikel (Buchdruckmaschinen in Japan) in der ‚Buchdrucker-Woche‘ Nr. 35, 1. Jahrgang, 8. August 1903, beweist. Da heißt es auf S. 7 u. a.: . . . Der leider eingegangene Ratgeber hat in seiner Nr. 12 vom Jahre 1901 in deutscher Uebersetzung das Urteil des Blattes ‚Vorwärts‘ Schöber in Tokio über eine Frankenthaler Maschine mitgeteilt usw. — Inzeratentausch — leider eingegangen — wie reimt sich das zusammen, Herr Goebel? Ja, ja, Konsequenz ist eine schöne Tugend, aber, wie Figura zeigt, nicht Ihre starke Seite.“

Zur Reorganisation in Bayern.

Man gestatte auch einmal einem zurückgebliebenen Großstädter zu den in diesem Punkte geführten Klagen, Beschwerden, Wünschen und Forderungen, die namentlich aus Nürnberg im „Corr.“ widerhallen, das Wort zu nehmen.

Zunächst beschwerten sich übereinstimmend die Kritiker in den Nummern 128 (1903), 7 und 11 (1904) über die „lästige Agitation“ und daß mit dieser „Gleichgültigkeit“ aufgeräumt werden müsse. Nun, wie steht es in Wirklichkeit mit dieser Lässigkeit und Faulheit?

Die Bestandszahl in Bayern ist unter Zugrundelegung der letzten Statistik mit etwa 3450 anzunehmen, so daß höchstens noch 400 Gehilfen dem Verbands nicht angehören. Diese Biffer ist im Verhältnisse zu anderen, vielleicht nicht so ausgebeuteten Gauen, eine verhältnismäßig sehr kleine, besonders wenn man in Betracht zieht, daß ein nennenswerter Teil der Kollegen wegen hohen Alters, aus Gesundheits- und anderen Rücksichten nicht mehr aufgenommen werden kann, die aber trotzdem den Verreibungen des Verbandes, wie sich schon bei verschiedenen ersten Anlässen gezeigt hat, sehr zugeeignet sind. Unverkennbar muß berücksichtigt werden, daß in dem „mehr ländlichen, agrarischen Südbayern“ (Nr. 7) verhältnismäßig der größte Teil der Kollegen organisiert ist und die wenigen Nichtmitglieder aus den von B.-dt. angeführten Gründen durch Grund- und Häuserbesitz an die Scholle gebunden und infolge dessen auch im Ernstfalle genügend gesichert zu sein glauben. Und dabei war gerade in Altbayern am wenigsten Mühe und Kosten für Agitation nötig, dagegen ist in dem „industriellen Nordbayern“, wo schon infolge des häufigeren Wechsels der Kollegen an und für sich bereits eine intensivere mündliche Agitation entfaltet werden kann und sicher zum Teile auch gesehen ist, selbst noch in „Druckorten mit über 30000 Einwohnern“ eine große Mühe und Arbeit sowohl in organisatorischer wie tariflicher Hinsicht notwendig, um nur einen kleinen Erfolg zu erzielen. „Keine bessere Illustration“ wünschen auch wir uns, „als die in Nr. 7 befindliche Korrespondenz aus Bayreuth“. Was ist gerade in diesem Orte von dem rührigeren Nürnberger wie von dem Münchener Gauvorstande schon alles geschehen! Aber werden die öftmaligen Agitationsversammlungen von Gauvorstandsmitgliedern und Gehilfenvertretern, noch die Bezirks-Festmahlzeiten und andere ähnliche Veranstaltungen, wobei sicher auch begabte Talente mitwirken, ein intensiver schriftlicher Verkehr aller Verbands- und Tarifbehörden haben vermocht, „bessere Zustände im Vereinsleben wie in tariflicher Hinsicht“ herbeizuführen. Ist hier die „Lässigkeit und Gleichgültigkeit“ der Gauvorstände oder die geographisch ungünstige Lage des Vorortes daran schuld? Sind die Kollegen da wirklich der Meinung, daß hier die Bezirksenteilung Nebenur schaffen könnte? Da werden gerade solche Orte führend sein wollen in der Bezirksgründung; oder ist man in N. wirklich so naiv zu glauben, daß sich das angezogene Bayreuth dem Bezirke Nürnberg oder Kulmbach usw. unterordnet, wo doch das viel näher liegende Fürth trotz öftmaliger Anregung aus Agitations- und Verwaltungsgründen sich der Trichterstadt nicht anfügen will? Ein zeitweises anwesender „Verbandsbeamter in Lauf oder Forchheim“, wo nach der Statistik bloß ein oder drei Kollegen in Betracht kommen, nützt nichts, er wird vielleicht angefaunt wie ein pöblich auftauchender Meteor, aber der Eindruck des „Beamten“ wird nach

seiner Abreise so schnell vergessen, wie der Schimmer und Glanz des Meteors nur bis zu seinem Verschwinden Beachtung findet. Hier muß eben am Orte eingegriffen werden, damit die Tarif- wie Verbandsangelegenheiten eine Förderung erfahren! Und wie niedrig taxiert erst W. K. (Nr. 11) den in Vorschlag gebrachten Gauvorort Nürnberg! Er sagt, „in N. könnte keine allgemeine Versammlung abgehalten werden, da man in München wegen Geschäftsüberbürdung kein Mitglied des Gauvorstandes als Nebener entstehen konnte, während er einige Zeilen weiter unten sagt, daß „in Nürnberg, Ansbach usw. Kollegen sind, die das Zeug dazu haben, entweder Differenzen zu schlichten oder frisches Leben in kleine Druckorte zu bringen.“ — Daß in Bayern „außer dem Gauvorstande niemand was zu seggen hat“, ist zum mindesten ein Irrtum. Sowohl bei Gantagen wie im schriftlichen Verkehre wurde wiederholt aufgefordert, geeignete Agitation zu entfalten. Delegierte an Provinzorte zu entsenden. Es ist dies teilweise auch befolgt worden, aber zum weitaus größten Teile hat man die Arbeit dem Gauvorstande aufgebürdet, obwohl keine geographischen oder sonstigen Hindernisse vorhanden waren. Also wozu das Geschrei? Daß aber der jetzige Vorort nicht nur die bisherigen Verbandsorte und Mitglieder zu erhalten und neue hinzuzufügen konnte, beweist die sorgfältige Neubildung von Mitgliedschaften, in jüngster Zeit allein 15. Die beschriebene, allerdings ungeliebte Kleinarbeit ist es, die den Gau Bayern nicht nur in organisatorischer, sondern speziell auch in tariflicher Hinsicht stets vorwärts gebracht hat. Das beweist, daß in all den Orten, wo eine Einwirkung ausgeübt werden konnte, überall der Tarif anerkannt wurde und wir in Bayern jetzt keinen Ort mehr zu verzeichnen haben, in der Verbandsmitglieder unserm Wissens zu nicht-tarifmäßigen Bedingungen arbeiten. Gerade im letzten Jahre sind 25 Orte gewonnen worden, in denen der Tarif Eingang gefunden hat.

Was die vorgeschlagene Bezirksenteilung betrifft, können wir uns schon oben angeführten agitatorischen wie auch aus materiellen und finanziellen Gründen hierfür nicht erwärmen, aus Verwaltungsgründen aber erst recht nicht. Wenn W. K. („Corr.“ Nr. 128) meint, daß durch die Bezirksenteilung dem „Gauvorstande und Finanzier Zoeltz Mühe und Kummer erspart bleibt“, täuscht er sich gewaltig. Die würden sich erst recht mehr anhäufen.

Mit den einzeln konditionierenden Verbandsmitgliedern ist der Gauvorstand und Kassierer fortwährend im Verkehre, diese Korrespondenzen müßte der Gauvorstand doch dem Bezirksvorstande und dieser wieder den einzelnen Mitgliedern übermitteln. Was bleibt da also Arbeit erspart und wie kann der „Kontakt verloren gehen“ oder „der Kollege in der Provinz verbusen?“ Das Gegenteil glauben wir eher von der Bezirksenteilung. Wie lange muß heute schon der Gauvorstand in den wichtigsten Angelegenheiten auf eine Mitteilung warten und zwar von sehr großen Städten, um wie viel nachlässiger würden da erst die kleinen Provinzvorstände behandelt werden? Also weg mit der Bezirksenteilung, die doch nur verzeirte Arbeit und Kummer und neben dem Porto eine Unmenge Verwaltungsaufgaben und Druckkosten beanspruchen und wenig oder nichts erreichen würde. Dagegen könnten wir uns schon eher für die in Nr. 7 von B.-dt. vorgeschlagenen Agitationsbezirke erwärmen. Hier kann durch gegenseitige Unterstützung (Agitationsbezirk und Gauvorstand) der gewollte Zweck erreicht werden. Die event. notwendigen Kosten könnten von der Gaukasse getragen werden.

Zu einer Verlegung des Gauvorstandesitzes von München nach Nürnberg und noch weniger zu einer Teilung des Gaues können wir im Gesamtinteresse der Mitglieder erst recht nicht raten. Aus welchen Gründen ist im Jahre 1890 der Vorort von Nürnberg nach München verlegt worden? Nicht nur bloß aus agitatorischen, sondern vielmehr aus materiellen Gründen. Man sagte sich, da wo die meisten Mitglieder und Berufsangehörigen sind, laufen nicht nur am ersten und am besten auch alle reformatorischen sowie organisatorischen Anregungen aus; die wirtschaftlichen, ökonomischen und sozialen Fragen finden da die erste und weitestgehende Erörterung und dienen den übrigen Teilen und Orten zur Nachahmung. Weiter wurde erörtert, daß in München nicht nur die beruflichen Organisationsstellen zusammenlaufen, die Buchdruckerprinzipalsbesörden und auch der Tarifvorort war daselbst, so daß bei entscheidenden Fragen am schnellsten eine Verbindung und Entscheidung herbeigeführt werden kann. Diese Gründe sind heute erst recht in vermehrtem Maße vorhanden. Durch die Tariforganisation sind nicht nur die leitenden Prinzipals- und Gehilfenvereinigungen in fester Fühlung, sondern durch den Vorort des Tarifreises sind auch der Gehilfen- und Prinzipalsvertreter in fortwährendem Verkehre und das Domizil des Kreis-Amtes wie des Schiedsgerichtes ist entschieden maßgebend für alle auswärtigen Orte. Auch die geographische Lage ist nicht so ungünstig. München ist nicht nur der Eisenbahnknotenpunkt, von dem nach allen Richtungen hin durch den Sitzungsverkehr eine sehr schnelle Verbindung hergestellt ist (so erreicht man Nürnberg bereits in drei, Nürnberg in fünf Stunden), auch durch die Post und das Telephon sind die günstigsten Anschlüsse, die in Nürnberg erst auf Umwegen zu erreichen sind. Und dringende organisatorische, Verwaltungs- und Tarifangelegenheiten sind wiederholt durch Telephongespräche

erledigt worden. Nürnberg müßte erst wieder Fühlung mit München suchen, es müßte also in München ein Nebenamt des Gauvorstandes geschaffen werden, vielleicht also noch einige besoldete Beamte mehr, als jetzt schon dringend nötig sind.

Nicht aus Streberei und Wichtigtuerei und nicht aus persönlichen Motiven plädieren wir für Beibehaltung des bisherigen Vorortes, wir glauben das Gesamtinteresse der Mitglieder und Kollegen wie des Verbandes aus erörterten Gründen in München besser gewahrt als anderwärts.

Und nun zum Schluß noch die besoldete Anstellung des Gauvorsitzenden, der zugleich Ortsvorsitzender für München sein soll. Wenn vorstehend die Notwendigkeit, den Vorort in München zu belassen auseinandergelegt wurde, so dürfte im Hinblick auf das erfreuliche Anwachsen der Mitgliederzahl wie der damit verbundenen Mehrarbeit in der Verwaltung wie insbesondere des Gauvorsitzenden, der nebenbei noch Tarifvertreter für Bayern ist, ein unbedingtes Erfordernis der Besetzung dieses Postens sein. Die prinzipiellen Fragen erfordern eine Sachkenntnis und gründliche Erörterung der einschlägigen Verhältnisse, die in den letzten Jahren nur unter der aufreibenden Tätigkeit in den Nachtstunden wie der Sonn- und Feiertage ermöglicht wurde. Hierzu kommen noch die kolossal erweiterten Arbeiten in der Verwaltung, die von dem Verwalter und dessen Hilfsbeamten auch nur unter Witeinsatzung von Ueberstunden bewältigt werden konnten. Während jeder Kollege sich nach seiner Arbeitsleistung im Geschäft nach Ruhe und Erholung sehnt, müssen die gedachten Personen erst recht sich noch der anstrengenden geistigen Arbeit widmen, die bei der Verschiedenheit und Eigenheit der meist recht verwickelten Fälle die ganze Denkfähigkeit und individuelle Schaffensfreudigkeit in Anspruch nehmen. Zu diesem kommen noch verschiedene Besprechungen und Gänge mit den anderweit in Zusammenhang stehenden Berufsbehörden, wie Prinzipalsvertreter, Kreis-Amt, Schiedsgericht usw.; die vielen Sitzungen, notwendige Agitationsreisen, der Verkehr mit anderen Gewerkschaften usw. Daß alle diese Verbindlichkeiten für die Folge nicht mehr von einer Person, die tagsüber im Berufe tätig ist, ausgeführt werden können, dürfte jeder Laie einsehen, wenn nicht die Gewissenhaftigkeit, Genauigkeit und Pünktlichkeit bedeutenden Schaden leiden müßte. Ferner müssen die vielen Unannehmlichkeiten im Geschäft durch das öfters bedingte Fernbleiben berücksichtigt werden, die außerdem viele Kosten beanspruchen. Wenn der Ortsvorsitzenderposten mit dem des Gauvorsitzenden vereinigt werden soll, so sind auch hier Verwaltungsgründe maßgebend und da zwei Fünftel der Kosten die Mitgliedschaft München zu bezahlen hat, so dürften beim Gau finanzielle Bedenken nicht mehr entstehen. Durch die Vereinigung dieser Stellen werden viele schriftliche und mündliche Erörterungen erspart, die gemachten praktischen Erfahrungen und Erfolge können gemeinschaftlich zum Nutzen des Ortes und Gaues zugleich angewandt werden. Die befürchtete „Zwitterstellung“ dürfte durch obige Andeutungen zum mindesten abgezwängt und dann dürfte doch in bezug auf den Inzidenzweg in Betracht gezogen sein, daß die übrigen amtierenden Mitglieder des Gau- sowie Kreisaußschusses aus anderen Personen bestehen, die sicher ebenso gewissenhaft alle einschlägigen Maßnahmen prüfen werden. Wenn man hinweist, daß in Leipzig, Hamburg, Berlin usw. Orts- und Gauvorstand in einem Körper vereinigt (in den genannten Städten gibt es keinen Gau- und Ortsvorstand, sondern nur einen Gauvorstand. Red.) und bisher noch nie nachteilige Folgen für die Mitglieder zutage getreten sind, so dürften auch in Bayern diese Bedenken wegfallen, um so eher, als die am meisten in Mitleidenschaft gezogene Mitgliedschaft München in zwei außerordentlich gut besetzten Versammlungen über diese auch angeregten und genügend ventilierten Befürchtungen durch einflümmige Annahme des Antrages auf Anstellung eines besoldeten Orts- und Gauvorsitzenden hinweggegangen ist. Wir glauben, daß gestellte Thema nun eingehend genug erläutert zu haben und messen den Provinzkollegen so viel Einsicht und Fähigkeit zu, daß sie nach objektiver Prüfung der gegebenen Sachlage ihren Delegierten den Auftrag geben, den in München gefaßten Beschlüssen beizutreten.

München.

* * *

Den organisierten Buchdruckern wird des öfters von den Mitgliedern anderer Gewerkschaften der Vorwurf gemacht, sie besäßen keine Massenorganisation, ihr Verband sei weiter nichts wie eine Versicherungsvergesellschaftung und die Mitglieder gehörten dieser Organisation nicht aus Ueberzeugung, sondern lediglich aus Egoismus an, weil man sich im Verbands gegen alle Schicksalschläge geschützt sehe. Derartige oft gehörte Vorwürfe weist man unterseits mit der bekannten Entrüstung zurück, indem man den Angreifern vorhält, organisiert erst auch einmal wie wir organisiert sind, geht erst einmal Beiträge wie wir sie bezahlen, dann wißt ihr, was es heißt, Solidaritätsgesühl zu besitzen, dann wißt ihr, was es heißt einzutreten einer für alle und alle für einen. Aber ehrlich nachgedacht, werden denkende Kollegen die Ueberzeugung nicht verwirren können, daß diese Entgegnungen zum großen Teile Mißraße sind und daß es mit dem Idealismus in unseren Reihen, besonders in den Reihen besser bezahlter Verbandsmitglieder, äußerst trübe aussieht. Nun braucht man zwar nicht so pessimistisch zu sein, daß man sagt, wir sind bereits auf dem Niveau einer Versicherungsgesellschaft

angelangt, aber man darf sich auch nicht in unseren Reihen dem Optimismus hingeben und glauben, dieser Zustand wird nicht kommen. Er kommt; schrittweise aber sicher gehen wir diesem von niemand erstrebten Ziele zu und wir werden dieses Ziel um so eher erreichen, je mehr wir Ehrenämter in unserer Organisation durch bezahlte Posten ersetzen. Sehen die Mitglieder einmal auch die Vorstandsgeschäfte durch eine besoldete Kraft geführt, so verliert sich das Interesse für die Vorgänge in der Organisation und die Mitglieder werden mehr noch wie bisher sich der beschaulichen Ruhe hingeben. Aber auch das Vertrauen wird schwinden, das dem gewählten Vorsitzenden bisher entgegengebracht wurde, der opferfreudig seine Arbeitskraft in den Dienst der Kollegenchaft stellte, wenn an seine Stelle ein Beamter tritt. Die gewählten Vorsitzenden des Oeres Münchens und des Gaues Bayern hatten am Ablauf ihrer Amtsperiode Rechenschaft abzulegen über ihre Tätigkeit und war man mit ihrer Tätigkeit nicht einverstanden, so war es etwas Leichtes, andere Kollegen an die Spitze zu berufen. Andernteils war es aber auch den Vorsitzenden jederzeit möglich, ihr Amt niederzulegen, falls ihnen nicht mehr die nötige Unterstützung seitens der Kollegenchaft zu teil wurde. Wie aber wird sich dieses Verhältnis nach Schaffung des Postens gestalten, wenn dem Vorgesetzten ähnliche Fälle eintreten werden? Man sagt wohl, der Vorsitzende wird sich mit der Kollegenchaft nicht überwerfen, wenn er sich strenge an das Statut hält; aber auch dieser leichthin als richtig genommene Einwurf kann nicht auf alle Fälle Anwendung finden und einem Vorsitzenden, der nach diesem Grundsatze verfahren würde, würden bald die Mitglieder kopfschüttelnd gegenüberstehen. Wenn Berufsrichter Urteile fällen, die von der großen Masse des Volkes nicht verstanden werden, so wundert man sich nicht mehr, denn man weiß, daß diese Richter kein Verständnis für das Volk, keinen Einblick in unsere heutigen Erwerbsverhältnisse haben und man braucht sich um so mehr nicht zu wundern, wie Corbin sagt, weil das Gesetzbuch nach dem diese Richter urteilen, von Leuten mit vollen Mägen verfaßt ist. Diese selbe Stelle mag auch bis zu einem gewissen Grade auf unser Verbandsstatut Anwendung finden. Auch unser Statut ist zum großen Teile von Kollegen geschaffen, für welche die soziale Frage gelöst ist. (P. Reb.) Damit ist aber ja nicht ausgedrückt, daß das Statut irgend welche Mängel besitz, nein, es ist vielleicht das vollkommenste, was eine Gewerkschaft aufzuweisen in der Lage ist, aber es ist notwendig, daß dieses Statut von Kollegen ausgelegt wird, die voll und ganz in unserm Erwerbsleben stehen, die wissen, wo der Kollegenchaft der Schuh drückt. Würde die Auslegung aber von Kollegen erfolgen, denen der Kampf um's Dasein nur mehr aus der Erinnerung bekannt ist, so würden die Härten des Statuts zu sehr zutage treten und es würden Urteile gefällt, die der Mehrzahl der Mitglieder unbegreiflich erscheinen. Bei Auslegung unserer Satzungen hat auch das Gefühl eine gewichtige Rolle mitzuspielen und dieses Gefühl erstirbt bei einem Kollegen, der die heutigen Verhältnisse nicht mehr am eignen Leibe verspürt. Würde z. B. jezt einem Mitgliede die Unterstützung entzogen wegen irgend eines Verstoßes gegen das Statut, so fügte sich der Kollege in stummer Resignation, weil er sich sagte, über mich haben Kollegen gerichtet; ob das für die Zukunft der Fall sein wird, wenn Beamte ein gewisses Uebergewicht in den Ausschüssen erhalten, dahinter dürfte ein großes Fragezeichen zu setzen sein. Alle die hier vorgeführten Momente aber sollen durchaus nicht die Annahme des zum Gautage gestellten Antrages: „Schaffung eines besoldeten Vorsitzenden für Ort und Gau“ verhindern, sondern sie sollen lediglich den in Mündeln versammelten Delegierten einen Fingerzeig geben, von welchen Gesichtspunkten aus die Frage zu behandeln ist. Nicht daß man sich um Kleinigkeiten herumstreitet, z. B. wo der Gauverstand in Zukunft zu domiciliieren hat, und dabei Punkte vergißt zu erwätern, auf deren befriedigende Lösung man im Interesse der Allgemeinheit mit Spannung wartet. Nachdem man in Mündeln sowohl wie anderwärts sympathisch dem Antrage gegenübersteht, erscheint seine Annahme gesichert. Es gilt aber nun, ohne Rücksicht auf die Kosten, einen im gewerkschaftlichen Fahrwasser erfahrenen, weitsehenden, klarblickenden Kollegen mit der Führung zu betrauen, der das Verbandsstatut ohne Schaden zu nehmen aus den unzähligen sich zeigenden Klippen und Untiefen hindurchsteuert (bei dem das Gefühl für die Kollegen erlirben und für den die soziale Frage gelöst ist — meint wohl der Herr Verfasser? Reb.).

Aus dem Gewerk- und Genossenschaftsleben.

(Schluß.)

Die in unserer letzten Gewerkschaftsübersicht bereits angekündigte Abdrückung bei den **Christlichen Gewerkschaften** ist inzwischen zur Tatsache geworden. Die drei Ausführenden Mitglieder vom Siegerländer Verbande sind von Brust aus dem Gewerkschaftsleben der christlichen Bergleute ausgeschlossen worden, was auch den Austritt der 6000 zur Folge haben dürfte oder inzwischen zum größten Teile schon geschehen hat. Die Differenzen, von denen bei den Christlichen ja immer eine Ueberproduktion vorhanden, liegen in diesem Falle nicht zuletzt in den konfessionellen Unterschieden, denn die Siegerländer sind überwiegend evangelisch und der Zentrumspolitik von Brust nicht zugehörig. — Die

Gewerkschaften in der Schweiz sind nach verschiedenen vorliegenden Meldungen mit den katholischen

Verbänden recht unzufrieden über die Einhaltung des in Luzern gefaßten Neutralitätsbesehusses. Es würde fortgefahren in der Gründung katholischer Gewerkschaften, auch seien von den christlichen Arbeitervereinen zu mehreren Malen Streikbrecher geliefert worden. Von einer Seite wird deshalb der Austritt aus dem Arbeiterbunde verlangt, andererseits wird wieder vor diesem radikalen Schritte gewarnt; man solle lieber den Christlichen gehörig die Wahrheit stecken — Die

Gewerkschaften Belgiens hielten während der Weihnachtsfeiertage in Brüssel ihren Jahreskongreß ab. Aus dem erstatteten Berichte ist u. a. zu entnehmen, daß das dem unsrigen nachgebildete Korrespondenzblatt bis jezt nur sehr schwache Unterstützung fand, die Gewerkschaften wurden deshalb zum Abonnement auf dasselbe verpflichtet. Zwecks Verkürzung der Arbeitszeit auf geistlichem Wege sollen in der Zeit vom 1. März bis 1. Mai überall Massenversammlungen zur Propagierung dieser Forderung abgehalten werden; die Wirkung der Ueberarbeit für Erwachsene und Kinder soll in Broschüren dargelegt werden und am 1. Mai große Demonstration stattfinden. Ein anderer Beschluß verlangt die Einführung eines Lohnminimums von Gesetzes wegen nicht nur für staatliche Betriebe, sondern auch für die Privatindustrie. Da eine solche Forderung denn aber doch nicht so aus dem Handgelenk heraus aufgestellt werden kann, wurde dieselbe zu gründlichem Studium an die Gewerkschaftskommission und den Vorstand der belgischen sozialdemokratischen Partei überwiehen. Ein weiteres Referat betraf die Arbeitslosenversicherung; es wurde den Gewerkschaften die Ansammlung von Fonds zur Unterstützung der arbeitslosen Mitglieder empfohlen. Der Kongreß forderte auch ein gesetzliches Verbot der Anwendung von Kleinweih und die Aufhebung des Artikels 310 des Strafgesetzbuches, der mit dem unsrigen § 153 der Gewerbeordnung identisch ist. — Die

Gewerkschaftsbewegung in den Niederlanden ist von ganz bedenklicher Zerrahrenheit. Ein lehtin unternommener Versuch, das niederländische Arbeitersekretariat, welches gewissermaßen die holländische Generalcommission darstellt, zu reorganisieren, ist auch wieder gescheitert. Es ist ein leidiges Zerwürf zwischen Anarchismus und Sozialdemokratie, ein trost- und zweckloses Streiten um des Kaisers Bart, unter welchen die ganze Bewegung stark zu leiden hat. Die am Schlusse des letzten Jahres abgehaltenen Kongresse der einzelnen Gewerkschaften lassen ein ganz allmähliches Erholen von den heftigen Schlägen des Generalstreiks erkennen. Greulich hat in der Tat Recht, wenn er ein solches Beginnen als Kinderphantasie einer schwach organisierten Arbeiterchaft bezeichnet. — In

Schweden hat die im letzten Sommer in der Metallindustrie vorgenommene Ausperrung recht heftige Lehren hinterlassen. Die Fabrikanten sind nur selbst mit Vorschlägen gekommen, um den Frieden in der Industrie nach Möglichkeit zu sichern. Es soll ein besonderer Apparat organisiert werden zur Behandlung von Forderungen der Arbeiter und von Arbeitsfreiheiten, der gemeinsam in allen seinen Teilen besetzt, erst vollständig erschöpft sein muß, ehe zu den Mitteln des Streits oder der Ausperrung gegriffen werden darf. Der Vertragsentwurf, von dem gemeinschaftlichen Zehnmannenkomitee aufgestellt, sieht als regelmäßige Arbeitszeit die zehnstündige und für jeden über zwanzig Jahre alten Arbeiter einen Mindestlohn und bei Akkord einen garantierten Stundenlohn vor. Die Verhandlungen über die Regelung des Lehrlingswesens waren noch nicht abgeschlossen. Ob die Dickschädel im Pleizentale — in Grimnitzschau — sich an diesem Vorgange ein Beispiel nehmen werden? — Der bekannte Tass-Bale-Entscheid findet in den

Reinigen Staaten getreue Nachahmung. So sind Schadenersatzklagen bei den Gerichten anhängig gemacht gegen die Gewerkschaft der Buchbinder in Chicago in Höhe von 30000 Doll., gegen die dortigen Bauarbeitergewerkschaften in Höhe von 50000 Doll., gegen die Gürtler in Höhe von 30000 Doll. und gegen die Gewerkschaft der Zuckerbäcker in Chicago in Höhe von 20000 Doll. Die Fikale der Gewerkschaft der Maschinisten in Rutland (Vermont) ist zu 2500 Dollar Schadenersatz verurteilt worden und jedes einzelne Mitglied mit seinem Hab und Gut für persönlich haftbar erklärt. In Danbury (Konnectikut) sind die vereinigten Hutmacher von Nordamerika und die amerikanische Arbeiter-Föderation auf 350000 Doll. Schadenersatz verurteilt wegen Boykott und sogar wegen Gebrauchs der Kontrollmarkte. — Der 23. Kongreß der

Federation of Labor zeigte interessante Bilder. Die Krise ist ja nun in das gelobte Land des Dollars eingezogen und haust dort schon ganz erschrecklich. Die Kongreßler, welche vor nunmehr fast einem Vierteljahre in Boston tagten, sahen deshalb die Gefahr als noch nicht ganz hereingebracht an und wollten nach Möglichkeit das amerikanische Arbeitsfeld vom Amerikaner wahren. Eine angenommene, den „Nichtamerikanern geradezu feindselige Resolution“ fordert also, daß bei dem Bau des Sibiriankanals nur Bürger der Vereinigten Staaten beschäftigt werden sollen und die Ausbeutung des Chinesen-Ausschlußgesetzes auf die Japaner, Koreaner und alle anderen asiatisch-mongolischen Arbeiter. Ueber diese Resolution war nun in der deutschen Gewerkschafts- und Arbeiterpresse helle Entrüstung entbrannt, obwohl man in Deutschland während der Krisis allgemein in erster Linie Beschäftigung von angelesenen Arbeitern forderte und obwohl man sich immer — und mit Recht — gegen die

Reinziehung von Polen, Italienern, Böhmen und sonstigen billigen Menschenmaterialie mit Entschiedenheit wendete. Man kann den Amerikanern wohl einen Vorwurf machen, daß sie organisierte nichtamerikanische Arbeiter nicht in ihre Gewerkschaften übernahmen, was aber auch nicht immer der Fall, sonst jedoch schlage man getrost an die eigne Brust. Mit großer Mehrheit wurde hingegen der von einem Teile der Delegierten zur Aufstellung gebrachte Grundsatz verworfen, daß die Befreiung der Arbeiter sich nicht allein durch die gewerkschaftliche Organisation vollziehen, sondern daß auch die Erringung der politischen Macht dazu notwendig sei. Die angeschlossenen Gewerkschaften verzeichneten im vergangenen Jahre eine Zunahme von 440500 Mitgliedern, dabei gehören aber einige größere Organisationen, z. B. die Maurer, der Föderation noch nicht an; erst kurz vor dem Kongresse haben dieselben mit knapper Mehrheit die Uingliederung beschlossen. Die angewandten 500 Mitglieder vertraten insgesamt 1745270 organisierte Arbeiter. — Einen ingeniosen Plan hat man unlängst in Paris ausgetüftelt, nämlich einen

Weltverband der Diamantarbeiter. Wenn es auch bei der Eigenart und den nur wenigen Zentren dieser Industrie nicht gerade ein Uding wäre, eine solche allumfassende Organisation auf die Beine zu bringen, so bleibt doch immer abzuwarten, welcher Art die Laten, die diesem Beschlusse folgen. — Der

Zentralverband deutscher Konsumvereine hat sein erstes Jahrbuch herausgegeben, dem Jahrbuch des Allgemeinen Verbandes ist damit ein Seitenstück geschaffen. In dem Zentralverbande schlossen sich außer der Großeinkaufsgesellschaft sieben Konsumvereine zusammen, die Anfang Mai 885 Vereine, am 1. Oktober v. J. bereits 628 Vereine umfaßten. Von diesen haben über ihre Geschäftsergebnisse und ihre geschäftliche Lage 503 Vereine mit 480916 Mitgliedern berichtet. Dieselben erzielten einen Umsatz von 126,3 Millionen Mark, wobei sich ein Ueberfluß von 12,4 Millionen Mark ergab; davon wurden 10,6 Millionen Mark den Mitgliedern als Einkaufsbildende zurückgeschickt. Einer eingehenden Besprechung der Lage der Konsumvereine ist ein besonderer Abschnitt des Buches gewidmet. Im Vergleiche mit den englischen haben sie im allgemeinen wenig Kapital angesammelt, eine wesentliche Vorbedingung zum Beginne eigener Produktion. Der Herausgeber rät deshalb den Vereinen u. a. die Errichtung von Sparkassen an, um die Mittel der Mitglieder für diese bringende Erweiterung der genossenschaftlichen Tätigkeit zu gewinnen. — Zur Förderung der Berliner Konsumgenossenschaftsbewegung fanden anfangs Dezember verschiedene Volksversammlungen und auch eine Flugblattverteilung statt. — Die

Konsumgenossenschaftsbewegung in Dresden ist bereits sehr in die Breite und Tiefe gegangen. Im Stadtgebiete Dresden sind nämlich 34 Proz. aller Familien konsumgenossenschaftlich organisiert. Die vier Vereine hatten schon im letzten Geschäftsjahre 38011 Mitglieder und in 69 Verkaufsstellen 10213896 Mk. Umsatz, einen Reingewinn von 931356 Mk. und Gehälter und Löhne zahlten dieselben in Höhe von 445152 Mk. Ein einziger Verein (der Stübauer) mußte in den letzten fünf Jahren an Umsatzsteuer allein 91899 Mk. entrichten. Die Vereine Vorwärts und Pfischen haben eigne Bäckereien. — Das älteste deutsche genossenschaftliche Organ, die

„Blätter für Genossenschaftswesen“, haben mit dem neuen Jahre ihren 51. Jahrgang begonnen. Diese „Blätter für Genossenschaftswesen“ erschienen nicht von Anfang an als selbständiges Organ, vielmehr waren sie ein Teil von Friedr. Wg. Wiegand herausgegebenen „Deutschen Gewerbezeitung“. Dem 19. Jahrgange der „Deutschen Gewerbezeitung“ war unterm 31. März 1854 eine dritte Abteilung eingefügt unter dem Titel „Zukunft der Zukunft“. Diese „Zukunft der Zukunft“ trug im Titelblatte die Bemerkung, daß besondere Rücksicht auf Affoziationen genommen werden soll und bildete so die erste Nummer des ersten Jahrganges der heutigen „Blätter für Genossenschaftswesen“, welche vom Eriegerischen Verbands herausgegeben werden. — In Afti hat sich nach dem französischen Beispiele eine

Italienische Glasarbeitergenossenschaft gegründet, wie dort in Afti auch nach vergeblichen Lohnbewegungen. Wie gemeldet wird, soll sich auch der Verein italienischer Glasfabrikanten mit 9000 Lire an der Gründung beteiligt haben; wenn dies nun als ein ganz besonderes Faktum hingestellt wird, so schämt man die Unternehmer aber doch sehr gering ein. Was weiter als praktischer Geschäftssinn, ausgeklügelte Berechnung, sollte wohl zu diesem Schritte die Triebfeder gewesen sein! Km.

Korrespondenzen.

Altenburg. Am 7. Februar fand die Bezirkshauptversammlung hier statt, welche von 159 Mitgliedern, worunter 6 aus Schmölln, 2 aus Gßnitz, 3 aus Luda und 3 aus Meuselwitz, besetzt war. Der Vorsitzende, welcher über die Vorkommnisse im verfloffenen Jahre berichtete, konnte nur bekunden, daß im ganzen Bezirke ein erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen ist in Bezug der Mitgliederzahl, denn es sind 25 mehr wie im Vorjahre. Die Bezirkskasse hat etwas abgenommen, währenddem die Ortskassen eine Zunahme zu verzeichnen hat. Das Mattikum für Ausgehorente und Maßbezugsberechtigte in den Städten Altenburg, Schmölln und Gßnitz bleibt wie bis

her bestehen. Das Bezirks-Johannisfest findet am 19. Juni in Altenburg statt. Die Versammlungen waren durchschnittlich von 78 Mitgliedern besucht, 12 Mitglieder hatten gar keine Besuche. In den Arbeitsnachweises hatten sich 103 (87 Seher, 15 Drucker und 1 Stereotypur) einschreiben lassen, davon erhielten 57 (51 Seher und 6 Drucker) Arbeit, die übrigen sind abgereift oder haben keine Nachricht gegeben und sind nach zwei Monaten gestrichen worden. Am Schlusse der dreistündigen Tagung der diesjährigen Bezirkshauptversammlung brachte der Vorsitzende, nach Ermahnung der Mitglieder zu einem getreuen Ausscharen in jeder Lage, ein dreimaliges Hoch auf den Verband aus, in welches alle Anwesenden freudig einstimmten.

B. W. Barmen. (Haupt-Bezirksversammlung.) Die Haupt-Bezirksversammlung des Bezirks fand am 14. Februar in Barmen statt. Diesmal war der Besuch ein erfreulich zahlreicher. Anwesend waren von Barmen 55, Remscheid 26, Schwelm 7, Wermelskirchen 4 und Mitternhausern 3 Kollegen. Vorsitzender Klintau eröffnete die Versammlung und verlas unter Vereinsmitteilungen ein Zirkular des Bezirks Essen betr. Anstellung des Gauvorstehers als besoldeten Beamten. Die Versammlung schloß sich dem Antrage des Bezirks Essen an, war aber der Ansicht und hoffte bestimmt, daß die von dem Verwalter Müller bisher beanpruchte Hilfskraft dann in Fortfall käme. (Die Ortsversammlungen in Barmen und Remscheid stellten sich bereits auf denselben Standpunkt.) Der Vorsitzende verlas hierauf den Jahresbericht. Die Jahresberichte der einzelnen Ortsvereine sind bereits im „Corr.“ veröffentlicht und sei hier nur folgendes erwähnt: Der Besuch der Bezirksversammlungen ließ durchweg, besonders vom Vororte, viel zu wünschen übrig. Auf Antrag des Ortsvereins Schwelm wurde in der Versammlung vom 23. August v. J. die Gründung einer Bezirkskasse beschlossen. Den Tarif scharflich anerkannt haben in Barmen 15 Firmen mit 137 Gehilfen (die Zahl der Gehilfen ist am 1. Dezember v. J. festgestellt), in Remscheid 7 Firmen mit 66 Gehilfen, in Schwelm 2 Firmen mit 18 Gehilfen, in Wermelskirchen 2 Firmen mit 17 Gehilfen, in Sprochhövel 1 Firma mit 1 Gehilfen. Anfangs 1903 zählte der Bezirk 169 Mitglieder, am Schlusse 211 Mitglieder. Der Bericht wurde von der Versammlung gutgeheißen. Kassierer Bickhardt erstattete die Stoffenberichte pro 3. und 4. Quartal und erfolgte die Entlastung desselben. Sodann kamen noch Angelegenheiten bei Kengler in Wermelskirchen und Meister in Schwelm zur Sprache. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder per Affirmation einstimmig wiedergewählt. Es wurde sodann beschlossen, für jeden Durchreisenden auf einer Bezirksversammlung 1,50 Mk. aus der Bezirkskasse zu bewilligen. Als Ort für die nächste Bezirksversammlung wurde Schwelm gewählt. Hierauf schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Verband die Versammlung.

Berlin. (Schluß.) Als erster Diskussionsredner erhielt nunmehr Kollege Kraette das Wort. Redner betonte, daß er die von den Maschinenmeistern gestellten Anträge vertrete, welche ganz bedeutend weiter gingen wie die des Gauvorstandes. Die Anträge haben folgenden Wortlaut: Zu § 33, Absatz 2 als neuer Absatz: In Druckereien mit mehr als zwei im Betriebe befindlichen Buchdruckmaschinen (einschließlich der Ziegeldruckpressen) ist an jeder Maschine ein Maschinenmeister zu beschäftigen. Zwei Maschinen kleineren Formates bis zu einer Druckfläche von 64 x 96 cm gelten als eine Maschine. Die ausschließliche Bedienung einer Maschine durch Lehrlinge ist erst vom dritten Lehrjahre ab zulässig. Für die Bedienung von zwei Maschinen (in Druckereien mit nur zwei Maschinen) sowie für Bedienung von Spezialmaschinen, das sind Schön- und Wiederdruck, Doppels-, Zwei- und Mehrfarbend-, Zweitournen-, Schwingen- und einfache Maschinen mit automatischem Anlegeapparat oder solche mit einer Druckfläche von über 100 x 135 cm, ist ein Zuschlag zum Lohne von 5 Mk. zu zahlen. Absatz 3: An Schnellpressen (als solche gelten alle Buchdruckmaschinen, bei denen Einfärbung und Druckausführung mechanisch bewirkt werden, mit Ausnahme der Posten- und Kopfdruckpressen) sind als Maschinenmeister oder Drucker nur gelernte Buchdrucker zu beschäftigen. Zu § 35: Zur Leistung von Ueberarbeit ist der Gehilfe nur dann verpflichtet, wenn eine tarifmäßige Befehls- oder Arbeitspläne vorhanden ist. Lehrlinge sind zum Sehen oder Ablegen, Drucken oder Zurücksetzen der Ueberarbeit nicht heranzuziehen. Die Entschädigung für die innerhalb einer Lohnwoche geleisteten Extraleistungen beträgt für im gewissen Maße stehende Gehilfen außer dem nach ihrem Gehalte sich ergebenden Stundenverdienste und für berechnende Gehilfen außer ihrem tarifmäßigen Verdienste für die ersten zwei Stunden je 20 Pf., für die dritte und vierte je 30 Pf., für die fünfte und sechste je 50 Pf. und für jede weitere Stunde 75 Pf. Absatz 3, zweiter Satz ist zu streichen. Zu § 40: Absatz 1 nach dem Antrage der Seherkollegen. b) Druckerlehrlinge: bis zu 3 Druckergehilfen 1 Lehrling, auf 4 bis 8 Druckergehilfen 2 Lehrlinge, 9 bis 15 Druckergehilfen 3 Lehrlinge, 16 bis 20 Druckergehilfen 4 Lehrlinge und auf je weitere 10 Gehilfen 1 Lehrling mehr. Absatz 3 hinzuzufügen (neuer Satz): Ständige Nacharbeiter sowie die im Zeitungsbetriebe beschäftigten Gehilfen scheiden bei Feststellung dieser Zahl aus. Den letzten Absatz: „Bei der ersten Staffel usw.“ zu streichen. In seinen ferneren Ausführungen, die durch ein reiches Ziffernmaterial demonstriert wurden, behauptete Kraette, daß die Drucker mit einer bedeutend größeren Arbeitslosigkeit zu kämpfen hätten wie die Seher, denn während bei den letzteren 8 Proz.

arbeitslos wären, seien dies 13 Proz. bei den Druckern, hier in Berlin seien 10 Proz. der Drucker ständig arbeitslos. Als Ursache dieser ungünstigen Verhältnisse wären die verbodkommenen Druckmaschinen zu bezeichnen, welche viel mehr Arbeitslose geschaffen haben wie die Sehermaschinen. Durch die Anträge hätten die Drucker versucht, Abhilfe zu schaffen, was auch für die Lehrlingskassa zutrefte, die bisher ungünstiger war wie die der Seher. Wir suchen nun die Arbeitslosigkeit durch unsere Bestimmungen etwas zu paralisieren und deshalb verlangen wir, daß im Tarife festgelegt wird, was vom Drucker zu verlangen ist. Während wir den Antrag stellen, daß jeder Maschinenmeister nur eine Maschine bediene, arbeitet hier nicht nur ein Drittel der Drucker an mehr wie einer Maschine, sondern eine hiesige Firma hat sogar in ihrer Arbeitsordnung bestimmt, daß der Maschinenmeister drei Maschinen zu bedienen habe. Redner ging dann die einzelnen zum § 33 gestellten Positionen durch und plädierte für Anerkennung der Ziegeldruckpresse als Schnellpresse, da ja auch unsere Lehrlinge an derselben ausgebildet würden und zwar zum Teil von Hilfsarbeitern. Was die Ueberstunden anbelange, so seien diese nur zu machen, wenn alle Plätze besetzt wären. Betreffs der Lehrlingskassa führte Redner an, daß sich gegen 1897 zwar die Lehrlingszahl um 2 Proz. verringert habe, jedoch kämen immer noch etwa 40 Lehrlinge auf 100 Gehilfen, womit schon die Verringerung der Stala bewiesen sei. Wenn die Prinzipalität das ihr so oft nachgerühmte sozialpolitische Verständnis besitzt, so müßten unsere Maßnahmen das gebührende Verständnis und Ansehen bei ihnen finden. Unsere Anträge tragen den Stempel der Berechtigung an der Stütze und ersuche ich Sie, unbeschadet der Vorstandsanträge, denselben Ihre Zustimmung zu geben. Kollege Faber: Es wird kaum eine verschiedene Meinung über die Berechtigung der Anträge bestehen. Die Ausführungen, die ich im Zirkus machte, sind auch heute noch die meinen, mit Ausnahme der Beteiligung an den öffentlichen Wahlen und ich bedauere, daß diesem Paragraphen ein so enger Raum gegeben wurde. Außer der Klage wegen der Bezahlung der Wahlen ist aber kein Anspruch aus diesem Paragraphen erhoben, weshalb ich hoffe, daß die Prinzipale sich nicht allzusehr dagegen sperren werden. Die Lehrlingskassa wird nicht nur bis zur äußersten Grenze ausgenützt, sondern man geht noch darüber hinaus und das sogar in tarifreinen Geschäften. Eine Besserung muß hier eintreten, ob dadurch aber die Arbeitslosigkeit groß eingebremst wird, ist zweifelhaft. Bedauerlicherweise hat sich die Tätigkeit des Arbeitsnachweises verringert trotz der Aufforderung an die Prinzipale, denselben zu benutzen. Ob nun der vom Vorstande gewünschte Weg der richtige ist, scheint doch fraglich, wenn ich mich auch nicht direkt dagegen wenden will. Besser wäre es, wenn die Drucker ihren Antrag betreffs der Lehrlingskassa zugunsten des Vorstandes zurückziehen. Durch die beantragte höhere Bezahlung der Ueberstunden wird kaum eine Besserung eintreten, hier wäre es zweckmäßiger, wenn die einzelnen Personale mit den Geschäftsführungen selbst Normen schaffen würden, wobei in erster Reihe auf Neueinstellungen zu drängen ist, wenn auch die Ueberstunden von uns nicht verweigert werden können. Notwendig ist es aber, daß das vorliegende Material dem Tarif-Ausschusse zugänglich gemacht werde. Kollege Bartz wünscht, daß es betreffs der Lehrlingskassa nicht bis ins Uferlose gehe, sondern eine Norm geschaffen werde, welche bestimmte, bis hiesher und nicht weiter. Kollege Schliebs: Kollege Massini hat zwar an die Ueberung Bützensstein erinnert und angeführt, daß drei Jahre darüber vergangen seien; aber erst im vorigen Jahre (im Juli) hat der Bundesrat um Auskunft über die Lehrlingsbruststätten ersucht. Da nun ein direkt absehender Standpunkt seitens des Bundesrates nicht vorliegt, so kann man doch die Stala nicht gut ändern. Nach der Statistik von 1900 kamen auf 100 Seher etwa 23,1 Lehrlinge, dagegen auf 100 Drucker etwa 40 Lehrlinge. Dies Verhältnis ist bisher das gleiche geblieben, trotzdem man mehr ins tarifliche Hinterland eingedrungen ist. Nicht die Lehrlingskassa, sondern die Sehermaschinen sind die Ursachen der Arbeitslosigkeit und da ist es ganz berechtigt, die Maschinenseher bei der Lehrlingskassa auszuspalten, dagegen geht die Forderung, auf die etwa 20000 Zeitungsetzer keinen Lehrling zuzulassen, entschieden zu weit. Reduzieren Sie die Stala, so treffen Sie nur wieder die tarifreinen Firmen, während die eigentlichen Lehrlingsbruststätten ruhig weiter bestehen, da wir keinen Einfluß auf sie haben, darum ist es besser, abzuwarten, welchen Bescheid die Reichsbehörde erteilen wird. Nicht die Lehrlingskassa ist die Ursache der kolossalen Arbeitslosigkeit, sondern diese Lehrlingsbruststätten, wie beispielsweise im VIII. Kreise die Firmen: Richter in Fürstenwalde 7 Gehilfen: 15 Lehrlinge, Wagner in Schwiebus 3 Gehilfen: 10 Lehrlinge, Scholz in Guben 6 Gehilfen: 12 Lehrlinge, Metzkling in Sommerfeld 7 Gehilfen: 10 Lehrlinge, Wendt in Arnswalde und Plemske in Berlinichen je 1 Gehilfen: 5 Lehrlinge, Hilscher in Dahme 1 Gehilfen: 6 Lehrlinge, Madratsch in Soldin 2 Gehilfen: 7 Lehrlinge und Lehmann in Soldin 2 Gehilfen: 5 Lehrlinge. Das sind gegenüber 20 Gehilfen 75 Lehrlinge in einem einzigen Kreise. Hier sind die Pächter der Arbeitslosen zu suchen. Ueber den § 36 ist sich jedenfalls der Tarif-Ausschuß nicht ganz klar gewesen, denn wären weitergehende Forderungen gestellt, so hätte ich sie auf jeden Fall bemerkt und auch protokolliert. Redner ist für Gleichstellung der Stala für Seher und Druckerlehrlinge und hält auch die Streichung des letzten Absatzes für gerechtfertigt. Kollege Döblin: Kollege Schliebs hat

mir vieles weggenommen; Kollege Massini hat keine Begründung nur auf Berliner Verhältnisse eingerichtet, so kann auch die Stala für Elsaß-Lothringen, wo nur mit wenigen Druckorten zu rechnen ist, nicht für uns Anwendung finden. Außerdem ist es doch sehr schwer, in unrentablen Geschäften Einfluß zu gewinnen, wenn die Anforderungen stets erhöht würden und der Eingabe, die wir der Regierung unterbreitet haben, würden wir jeden Boden entziehen, wenn wir die Stala jetzt ändern wollten. Ueber das Meisen ist Redner ebenfalls anderer Meinung wie Kollege Massini und behauptet, daß, sollte dies geschehen, Berlin noch viel mehr mit Arbeitslosen überflutet würde als bisher. Er ist der Ansicht, daß in dem Augenblicke, wo wir eine derartige Bestimmung wie sie zum § 52 beantragt, treffen, ein großer Teil Firmen der Tarifgemeinschaft den Rücken kehren werden, wie beispielsweise diejenigen Geschäfte, die Hauskassen usw. haben. Redner schloß seine Ausführungen mit den Worten: Ich bin ehrlich und offen genug, Ihnen zu gestehen, daß ich mich für die Anträge nicht begeistern kann, habe aber nichts dagegen, wenn Sie die Anträge dem Gehilfenvertreter als schätzbares Material überweisen. Wegen vorgerückter Zeit wurde die Diskussion hier abgebrochen und die Fortsetzung derselben bis zur nächsten Versammlung vertagt. Nachdem noch bekannt gegeben, daß am 2. März eine Vertrauensmännerversammlung mit den Delegierten der Ortskrankenkasse stattfinden wird, wurde die Versammlung um 12 Uhr geschlossen. — Ausgetreten wegen Berufsveränderung der Seher Hugo Frank, mit Resten die Seher Max Gollisch, Otto Simonetti und der Drucker Ernst Thiede. Gestorben die Seher Georg Thiemer und Gustav Radow, deren Andenken in der üblichen Weise geehrt wurde.

r. Braunschweig. (Echt Bünde!erisch!) Der Artikel in Nr. 17 des „Corr.“, überschrieben „Gutenbergsbündlerische“, gibt mir Veranlassung, auch über die hiesigen bündlerischen Verhältnisse resp. den „Leiter“ der hiesigen Bünde!erische eine Mitteilung zu machen, die auch für weitere Kollegenfreunde von Interesse sein dürften. Da auch der hiesige sogenannte „Ortsverein“ des Bundes an chronischem Mitgliederchwund leidet (man spricht noch von ganzen fünf bis sechs Männchen), so ist das Schicksal des Bundes auch in Braunschweig's Mauern bereits besiegelt und in nicht allzu ferner Zeit wird auch der hiesige Bünde!erführer, dem Beispiele verschiedener seiner Leidensgenossen in anderen Orten folgend, wehmütsvoll das schöne Lied anstimmen können: „Böhmi! Euch Gott, es wär' so schön gewesen!“ Als seine Hauptaufgabe betrachtet es der erwähnte Herr, Verbandsmitglieder in geeigneter Weise zu verleunden, sich selber aber mit einem möglichst großen Glorienkranz zu umgeben. Zur Charakterisierung dieser Bünde!erische und wie diese über Tarif und Tarifreue denkt, sei zur besondern Ehre des Bundes hervorgehoben, daß erwählter Herr nach Feierabend sowie auch Sonntags noch in einer anderen hiesigen Druckerei, in welcher der Tarif noch ein unbekanntes Ding ist, draußlos wurstet. Nachdem aber die Verbandsmitglieder von seiner tarifwichtigen Handlungweise Bitterung bekamen, schloß er sich genötigt, sein lichtschmeißendes Treiben einzustellen. Das eben angeführte ist aber nach bündlerischen Begriffen auch tarifreu. — Auf das geistreiche „Eingeländt“ im „Typograph“ einzugehen, verlohnt sich wahrhaftig nicht, nur möchte ich dem weisen „Einsender“ empfehlen, bevor er Kritik an andern übt, erst mal seine eigne Person etwas näher unter die Lupe zu nehmen. Dem Herrn „Typograph“ Redakteur möchte ich empfehlen, die Spalten seines Blattes doch lieber dazu zu benutzen, den Mitgliedern des Bundes plausibel zu machen, was man unter Tarif und Tarifreue versteht, aufstatt sie mit herabig blödsinnigem Geschwätz, wie es das „Eingeländt“ darstellt, zu langweilen. Zum Schlusse möchte ich den Herren Bünde!er in ihrem eigensten Interesse raten, von ihrem die Tarifgemeinschaft ungemein schädigenden und die Schmutzkonzurrenz fördernden Treiben abzulassen, da sie sonst auf eine Leinwand bei den nächsten Tarifberatungen nicht zu rechnen brauchen, nota bene, wenn der Bund bis dahin das Zeitliche nicht bereits geegnet haben sollte. Für eine abermalige Rücksichtnahme und Galgenfrist solchen Schädlingen gegenüber werden wohl die berufenen Tarifbeater nicht wieder zu haben sein.

Danzig. (Bericht über die Generalversammlung des Ortsvereins am 14. Februar.) Nach einer Reihe geschäftlicher Mitteilungen erstattete der Vorsitzende Magrochki den Geschäftsbericht. Zuerst gedachte er unsrer Toten des Jahres 1903. Der Besuch der Versammlungen hätte ein etwas regerer sein können, waren doch meist knapp 33 Proz. der Mitglieder anwesend. Es sind stets ein und dieselben Mitglieder, welche die Versammlungen schwängen. Hierauf folgte eine Reskapitulation der in den Versammlungen gefaßten Beschlüsse. Ueber die Verhältnisse der hiesigen Druckereien führte der Vorsitzende aus, daß in der Wende!schen Hofbuchdruckerei jetzt erträgliche Zustände eingetreten sind; möchte die Eintracht dort für immer erhalten bleiben! Zu kleineren Ungutverhältnissen kam es im Laufe des Jahres in der Druckerei Bächer, die jedoch friedlich beigelegt wurden; einmal wurde das Schiedsgericht in Königsberg angerufen, wonach den betreffenden Kollegen ihr Verlangtes zuerkannt wurde. In dem Kunsttempel von Niehowski herrschen trostlose Zustände. Die Handwerkskammer und die Gewerbeinspektion hat deshalb gegen den Bächer Klage erhoben und beantragt, denselben das Galten von Lehrlingen zu unterjagen. Es wird dann, wenn nicht schon geschehen, dem Lehrlingsausbeuter in absehbarer Zeit das Handwerk gelegt werden. Den Firmen,

welche bereits den Tarif anerkannt haben, sind im Berichtsjahre gefolgt: Bächer, Schrotz, Sauer und die „Allgemeine Zeitung.“ Im Tarifverzeichnis sind nun, mit Ausnahme der Druckerei Bönig, alle hiesigen größeren Verlagsstellen enthalten. Bei Bönig werden die tariflichen Bestimmungen eingehalten, jedoch ist der Inhaber zur schriftlichen Anerkennung nicht zu bewegen. Der Kassierer David erstattete den Kassenbericht pro 1903. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresabschluss 190. Für Unterstützungszwecke in vier Fällen brachte die Danziger Mitgliedschaft nur 379 Mk. auf. Den Bericht über die Bibliothek erstattete Kollege Zim m. r. Die Gefangsabteilung zählte am Jahresabschluss 68 Mitglieder. Nach eingehender Diskussion wurde die beantragte Decharge für die Funktionen erteilt. Von weiteren Verhandlungssachen wäre zu erwähnen, daß für die Bibliothek eine größere Summe bewilligt wurde. Ferner stellte der Ortsverein Danzig zum Gaudate in Graubünden den Antrag auf Beitragsbefreiung von 5 Pf., wofür jedes Mitglied den „Corr.“ erhält. Auf eine Anfrage erwiderte der Vorsitzende, daß der Hauptvorstand eine abschlägige Antwort erteilt hat auf das Gesuchen, einen Referenten, vielleicht Redakteur Meyhäuser, nach dem Osten zu schicken. Nach Uebereinkommen mit dem Gau Ostpreußen werden sich die betreffenden Gauen direkt an Kollegen Meyhäuser in dieser Sache wenden.

Dortmund. (Maschinenmeister-Verein.) Am 14. Februar fand hier eine Zusammenkunft der Maschinenmeister zwecks Gründung eines Maschinenmeistervereins statt. Die Kollegen Rosenbergs und Birghardts hatten sich bereit gefunden, dieserhalb hier zu referieren und fanden deren Ausführungen ungeteilten Beifall, so daß die Anwesenden sofort die Gründung des Vereins beschloßen und sämtliche anwesenden Kollegen (zwei) an der Zahl) dem jungen Vereine beitraten. Da ein jeder denkende Kollege über die Ziele und Zwecke eines solchen Vereins im Klaren ist resp. sein sollte, so erübrigt es sich wohl, des Näheren darauf einzugehen. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, seine Interessen zu wahren und sich bei den heutigen hohen Anforderungen in fachtechnischer Beziehung weiter auszubilden. Gerade dieses sollten die noch fernstehenden Kollegen bedenken und sich wie ein Mann zu ihrer Fühne einfinden, denn nur im Fachvereine werden derartige Interessen am zweckmäßigsten vertreten. Es liegt jetzt an den Kollegen von Dortmund und Umgebung, sich zur Aufnahme zu melden, damit der Verein wachse, blühe und gedeihe! — Der Vorstand besteht aus den Kollegen Joh. Gottl. Steinilber erster Vorsitzender, Heinrich Carlshorn zweiter Vorsitzender, Clemens Surmann, Kassierer und P. Wehner, Schriftführer. Alle Anfragen und Sendungen sind zu richten an Joh. Steinilber, Dortmund, Leopoldstr. 6 I.

Seehausen a. M. Am 7. Februar beging der hier neu gegründete Ortsverein seine Gründungsfeier und nahm dieselbe einen sehr schönen Verlauf. Die Festrede hielt der Bezirksvorsitzende Schulze-Offenbach. Die Gefangsabteilung des Bezirks Offenbach half das Fest durch Vortrag einiger Chöre und Duette verschönern und sei ihr an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt. Kollege Antoni, der als Komiker hincuziehen bekannt ist, brachte durch Vortrag zahlreicher Couplets stets angenehme Abwechslung. Die Zwischenpausen wurden durch Tanz ausgefüllt. Nur zu rasch vergingen die Stunden des recht kollegialen Festes. Der Vorstand setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: Karl Dreß, Vorsitzender; Albin Horn, Kassierer; Wilh. Rapp, Schriftführer.

Frankfurt a. M. In der am 7. Februar abgehaltenen Monatsversammlung des Maschinenmeistervereins hielt Kollege C. Hoffmann in von der Schrammischen Farbenfabrik in Offenbach a. M. einen Vortrag über „Doppelfarben“. Wehner unterstüzte seine Ausführungen durch einige Versuche und die in der Versuchsdrukerie genannter Fabrik hergestellten Drucke. Verschiedene Kollegen erbat sich Farbmuster, um selbst Versuche anzustellen und ihr Gelingen abgeben zu können. Die Versammlung sollte dem Referenten für seinen lehrreichen Vortrag reichen Beifall. Ferner wurde beschloßen, an dem süddeutschen Maschinenmeisterkongresse teilzunehmen und wäre es sehr wünschenswert, wenn der Kongreß schon zu Ostern tagen würde, um sich so wirksamer an den Beratungen des Tarif-Ausschusses beteiligen zu können.

-y- Großsch-Begau. Wohl selten hat der „Corr.“ aus unserm Ortsvereine günstige Mitteilungen in Sachen tariflicher Verhältnisse machen können. Doch ist nunmehr ein Fortschritt zum Besseren erzielt worden. In der Ende voriger Woche stattgefundenen Unterhandlung mit der Firma M. Reichardt-Großsch wurde in Sachen der „Ausnahmegünstigung“ ein befriedigendes Resultat erzielt. Die Firma fand sich bereit, die „Ausnahmegünstigung“ fallen zu lassen und am 1. April d. J. den Gehilfen die Aufbesserungen zuzugestehen. Was die Arbeitsverkürzung anlangt, so ließ man die Sache vorläufig auf sich beruhen und wird hierzu später Stellung genommen werden. Einem längst gefühlten Bedürfnisse ist nun Bahn gebrochen und man wird es uns nachfühlen, mit welchem Eifer wir nun eintreten wollen für gänzliche Beseitigung dieses Schmerzpunktes, was doppelte Freude zeitigen wird. — Des weitern ist mitzuteilen, daß in letzter Vergangenheit einem Gesuche der Rentauer Kollegen stattgegeben wurde, welche ihren Beitritt zum Ortsvereine Großsch-Begau erklärten. Zurzeit stehen in Zwenkau 4 Mitglieder, mithin zählt unser Ortsverein 21 Mitglieder. Die Verhältnisse daselbst sind günstige zu nennen und die Frage der Arbeitsverkürzung, ebenso auch in Begau, dürfte in späterer

Zeit ihre Erledigung finden. An den Mitgliedern der betr. Druckerei wird es nun liegen, für geordnete tarifliche Verhältnisse Sorge zu tragen und Ausdauer zu zeigen, wo es gilt, den Tarif durchzudrücken und für den Ausbau des Verbandes und das Wohl seiner Mitglieder zu wirken. Schreiber dieser Zeilen möchte besonders die Kollegen ermahnen, einig zu sein und Streitigkeiten nicht zu unterstützen, im Gegenteile, die Einigkeit zu fördern und hochzuhalten; nur dadurch ist es möglich, dem Vorstande die Arbeit zu erleichtern und den Ortsverein zu kräftiger Entwicklung zu bringen.

Sa. Hanau a. M. (Ortsverein.) Die am 8. Februar abgehaltene Generalversammlung des Ortsvereins Hanau am Main war eine der interessantesten in verfloßenen Halbjahre; von 84 Mitgliedern waren 32 anwesend. Ueber das abgelaufene Geschäftsjahr konnte der Versammlung kein Bericht vorgelegt werden, da der Vorsitzende des Ortsvereins einen solchen nicht ausgearbeitet hatte und auch persönlich nicht anwesend war. Die Mitglieder beurteilten das Verhalten des bisherigen Vorsitzenden ganz entschieden. Aus dem Berichte des Kassierers sei hervorgehoben, daß der Verein zurzeit ein Defizit von 26 Mk. zu verzeichnen hat. Der Ortsverein besitzt noch ein Vermögen von 500 Mk. zu Bibliothekszwecken; hiervon wurden verausgabt 225 Mk., so daß noch ein Fonds von 275 Mk. zu obigen Zwecken verbleibt. Dieses Geld rührt von dem Ueberflusse der Druckausstellung im Jahre 1903 her. Für „Corr.“-Abonnements wurden 150 Mk. verausgabt. Die legt veranfaßten Vergütungen des Ortsvereins schloßen sämtlich mit einem Defizit ab. In der Besetzung der Vorstandsämter traten mehrere Neuerungen ein (siehe unter Verbandsnachrichten in Nr. 20). Der Beschluß des Gewerkschaftskartells, daß die Gewerkschaftsbeiträge gewerkschaftlich und politisch organisiert sein müssen, rief noch eine längere Aussprache hervor; die Versammlung teilte den vom Kollegen Salomon in der Kartellung eingenommenen Standpunkt, daß er diesen Beschluß befähigt und einen Antrag auf Aufhebung desselben stellte. Da der Antrag erst in der nächsten Kartellung zur Verhandlung steht, sei heute nicht näher darauf eingegangen.

Hannover. Der Maschinenmeisterverein hat augenblicklich zwei Unterrichtskurse im Gange, einen Ausschneide-(Zurichte-)Kursus, welcher vom Kollegen D. Sievers geleitet und durchschnittlich von 30 Kollegen besucht wird und einen theoretischen Farbenmischkursus. Letzterer wird in mehreren Abschnitten ausgeführt und sind bis jetzt in dieser Sache folgende Thematik mit entsprechenden Demonstrationen behandelt worden: 1. „Herstellung und Eigenschaften der Farben“, 2. „Wahl der Farben bei Merkantil- und Kfzbenarbeiten“. Beide Vorträge waren von annähernd 100 Kollegen besucht. Zwei weitere Vorträge werden sich mit dem eigentlichen Farbenmischen befassen und soll event. das vorzüglich ausgeführte Thema durch Druck vervielfältigt werden. — Die letzte Versammlung befaßte sich mit den automatischen Bogenanlegeapparaten, die hier ebenfalls in mehreren Exemplaren vorhanden sind. Man war der Ansicht, daß diese Apparate, wenn sie zweckentsprechend behandelt werden, tadellos anlegen, sind doch hier Dreifarbenbrucker in mehreren Hunderttausend Exemplaren mit diesen Apparaten angelegt und stimmt durchschnittlich ein Bogen wie der andre. Ein Beweis, daß diese Erfindung lebensfähig ist. Nur eins ist dabei ins Feld zu führen: Durch die vielen Zufälligkeiten, mit denen der Apparat heute noch zu rechnen hat und die wir hier nicht näher erörtern können, ist es unbedingt notwendig, daß der Maschinenmeister den Apparat unausgeseht beobachtet, also nicht instande ist, etwaige Nebenarbeiten zu verrichten. Also vom Bedienen einer zweiten Maschine kann bei einem automatischen Bogenanlegeapparate nach den bisherigen Erfahrungen keine Rede mehr sein. Unterstützt wurde dies Thema durch mehrere Abbildungen und zwei Riesenspektrophotographen von Anlageapparaten. Weiter kritisierten mehrere Kollegen einen in den Nummern 6 bis 8 des Rheinischen Anzeigers erschienenen Artikel eines Herrn Kühnast-Wagdeburg über „die Leistungsfähigkeit der Schnellpresse und die moderne Betriebskraft“. In diesem Artikel will K. beweisen, daß die normale Geschwindigkeit der Schnellpresse 1300 bis 1400 Abdrücke pro Stunde betragen müsse. Diesen Grundsat auf alle Maschinen anzuwenden, ist wegen der Bauart der meisten Maschinen unzulässig. Gewiß gibt es Maschinen, die, entsprechend konstruiert, noch mehr leisten (sogenannte Schnellläufer), aber die meisten heute laufenden Maschinen dürfen ohne Schaden für sich selbst nicht auf derartig hohe Tourenzahlen laufen. K. stellt ferner die sonderbare Behauptung auf, selbst Buntdruck passe bei schnellem Laufe besser als bei langsamem. Jeder erfahrene Buntdrucker wird hierüber mitteilend lächeln und das Gegenteil beweisen können. Der Artikel bringt auch sonst noch eine Reihe Irrtümer, wie z. B. die hohe Tourenzahl der Zweitourmaschinen, die Rentabilität des Einzelantriebes durch Elektromotoren usw., alles Sachen, die in der Praxis längst widerlegt sind und beweisen, daß Herr Kühnast nicht ernst zu nehmen ist. Wir bringen dies deshalb im „Corr.“ vor, damit sich die Maschinenmeistervereine mit den in letzter Zeit in den Annoncenblättern „Allg. Anzeiger“ und „Buchdrucker-Woche“ unheimlich häufenden sogenannten Fachartikeln beschäftigen, die neben mitunter guten Artikeln sehr viel Krauses, verworrenes und oft total unrichtiges Zeug bringen, welches sehr oft von Leuten herrührt, welche schreiben, nur um zu schreiben. Auch die Bezahlung der Artikel mit pro Zeile 10 Pf. spielt hierbei keine nebensächliche Rolle. Leider

gibt es ja sehr viele Prinzipale (Nichtfachleute) und auch Gehilfen — und das ist die Quintessenz — die das gedruckte Wort für ein Evangelium halten und danach handeln, zum Schaden für sie selbst und ihre Maschinen. Unter „Verschiedenes“ verlas der Vorsitzende die vom schweizerischen Maschinenmeisterverbande aufgestellten Normalarbeitsbestimmungen, wünschend, daß die schweizerischen Kollegen ihre Forderungen durchbringen möchten und die Zeit nicht mehr allzufern, wo auch die deutschen Drucker nach ähnlichen Bestimmungen arbeiteten und sich vor allen Dingen der schweizerischen Lehrplanklasse erfreuten. Der Maschinenmeisterverein veranstaltete auch in diesem Winter mehrere interessante Vorträge, die mit Beifall aufgenommen wurden und sich eines guten Besuchs erfreuten.

S.-L. Koblenz. (Jahresbericht.) Ohne wesentliche Veränderungen auf tariflichem Gebiete sowohl, als auch in der Zahl unserer Mitglieder ist das Berichtsjahr dahingegangen. Es ist uns nicht möglich gewesen, die indifferenteren Kollegen aus ihrer höchst unwürdigen Lage aufzurütteln; sind doch die Löhne in den meisten nicht-tarifstreuen Druckereien so minimal (15 bis 20 Mk.), daß diese Löhne geradezu eine Schande für die hiesigen teuren Verhältnisse sind. Den zwei tarifstreuen Druckereien am Orte (Generalanzeiger und Görres-Druckerei) stehen zehn nichttarifstreue Druckereien gegenüber; unter diesen letztgenannten zehn Druckereien stehen auch noch zwei als tarifstreue auf dem Papiere (Simonis und Rammeleier); doch zwingen uns diese acht tariflichen Druckereien nur ein mitleidiges Lächeln ab. Unser Gehilfenmitglied im Kreis-Amt II, Kollege M. a. d. n. a. c. Saarbrücken, beehrte uns im Oktober mit einem Referate über die Verhandlungen der dort stattgehabten Sitzung des Kreis-Amtes. Hier kam das Berechnen an der Sechsmaschine im hiesigen „Generalanzeiger“ (tarifstreu) zur Sprache und ver sprach Kollege M. a. d. n. a. c. die Sache in die Hand zu nehmen. Der Versammlungsbesuch war ein durchweg guter. Mitgliederstand am Anfange des Jahres 13; am Schluß desselben 17, denen ungefähr 50 Nichtmitglieder gegenüberstehen. Bis jetzt sind hier vier Sechsmaschinen in Betrieb (Sinotype); drei im „Generalanzeiger“ und eine in der Görres-Druckerei („Volkszeitung“). Hoffen wir, daß sich auch hier am Orte eine Wendung zum Besseren zeigen möge und die Bemühungen der hiesigen Verbandsmitglieder, neue Mitglieder zu gewinnen, von Erfolg begleitet sein mögen.

Wagdeburg. Die Ortsvereinsversammlung vom 6. Februar nahm u. a. den Bericht des Vorstandes für das abgelaufene Vereinsjahr entgegen, welcher vom Kollegen Gehrt erstattet wurde. Auszugsweise sei hierüber folgendes mitgeteilt: Die Mitgliederzahl stieg von 344 auf 355. Der Bestand unserer Drucksache verringerte sich trotz eines Wochenbeitrages von 20 Pf. und einer Einnahme von rund 400 Mk. um annähernd 100 Mk., was auf das Konto unvorhergesehener, außerordentlicher Forderungsnachnahme zurückzuführen ist. Zum erstenmale wurden sämtliche Unkosten der Vergütungen (Gautag, Johannisfest, Sitzungsfest), in Summa 1200 Mk., von der Drucksache bestritten. Diese Einrichtung hatte die beabsichtigte erfreuliche Wirkung zur Folge, daß die Teilnahme an den Veranstaltungen seitens der Mitglieder eine recht gute war. Im letzten Jahre begingen die Kollegen Bethge und Jöbel ihr fünfundsiebenzigjähriges Verbandsjubiläum. Beide, für die Verbandsache sehr rührige und tätige Kollegen, wurden in gebührender Weise geehrt. Die tariflichen Verhältnisse sind zufriedenstellend. Der „Corr.“ ist seit Jahren obligatorisch (für jedes Mitglied ein Exemplar) eingeführt. Die Versammlungen waren, mit Ausnahme der im Dezember abgehaltenen, schlecht besucht. Dem Bildungsbedürfnisse ist hierorts in genügender Weise Rechnung getragen: in technischer Beziehung bietet die Kunst- und Gewerbeschule, in welcher im Laufe des Jahres für den praktischen Unterricht eine Fachklasse für Buchdrucker eingerichtet wurde, zur Fortbildung günstige Gelegenheiten, während auf den Gebieten von Kunst und Wissenschaft seitens der städtischen Behörden vollständige Vorträge kostenlos veranstaltet werden; auch das hiesige Gewerkschaftskartell war in der Veranstaltung von Vorträgen sehr reger, so daß unser Ortsverein der Miße überhoben wurde, selbst Vorträge sozialpolitischen Inhaltes abhalten zu lassen. Aber auch hier muß konstatiert werden, daß sich unsere Mitglieder den Vorträgen gegenüber recht uninteressant zeigten. Die Ortsvereinsbibliothek umfaßt gegenwärtig 422 Bände. Beteiligung am Bücherwechsel gleich Null. Als eine wahre Stütze der Kollegialität ist der hier bestehende Grapische Gesangsverein zu betrachten, welcher es sich mit seinen siebzig aktiven Mitgliedern zur Pflicht gemacht hat, in jeder Weise sich in den Dienst unser Ortsvereins zu stellen, wofür ihm auch an dieser Stelle der beste Dank gezollt sein soll. An die Arbeitsfreudigkeit des Vorstandes wurden im verfloßenen Jahre recht erhebliche Anforderungen gestellt. Nach einer neuen, zu Beginn des Jahres festgestellten Geschäftsordnung tagten Bezirks- und Ortsvereinsvorstand gemeinsam; waren dadurch auch die Vorstandskollegen genötigt, mehr als sonst an Sitzungen teilzunehmen, so zeitigte dieses Verfahren jedoch entschiedene Vorteile für die gemeinsamen Arbeiten und gedeilicheren Wirken für unsere Sache.

Wp. Offenbach a. M. (Bezirksversammlung vom 14. Februar.) Unter „Geschäftliche Mitteilungen“ gab der Vorsitzende außer einigen internen Angelegenheiten bekannt, daß die Generalversammlung des Bezirks Sonntag den 28. Februar, nachmittags 3 Uhr, im „Saalbau“ abgehalten wird. Kollege Erd als Vertreter der Saalbau-Gesellschaft erstattete sodann eingehend Bericht über die

Letzten Sitzungen derselben, an welchen sich eine kurze Debatte schloß. Da der Bezirk Offenbach zum Gautage in Marburg sechs Delegierte entsandte, fand die Nominierung der Kandidaten zu demselben statt und wurden neun Kollegen als solche auf die Liste gesetzt. Es wurde noch auf tarifliche Verstöße einiger hiesigen Firmen aufmerksam gemacht und wird sich die Tarifkommission in nächster Zeit damit befassen. Aus der Bezirksliste wurden sodann 50 Mark für die Leipziger Schriftgießer bewilligt. Ferner wurde dem Vorstande anheimgegeben, von den Buchbruderkollegen einen wöchentlichen Ertragsbeitrag von 15 bis 20 Pf. zu erheben. Hoffentlich folgen dieser Anregung von Offenbach noch viele Bezirke nach, so daß die Leipziger Schriftgießereiprinzipale auch einsehen, daß die gesamten Verbandsmittglieder Deutschlands auf Seite der Streikenden stehen. (Wenn der Berichtstatter aus Würzburg darüber klagt, daß von den dortigen 300 Kollegen durchschnittlich nur 80 die Versammlung besuchen, so will ich ihm nur mitteilen, daß in Offenbach von 225 Verbandsmittgliedern es nur 25 für nötig erachteten, in dieser letzten so wichtigen Versammlung zu erscheinen. D. Schr.).

Te. Mendenburg. (Jahresbericht.) Versammlungen waren durchschnittlich gut besucht. Mitgliederzahl zurzeit 15, diesen stehen 3 M.-B. (keiner Vereinigung angehörend) gegenüber. Der „Corr.“ wird in 14 Exemplaren bezogen. Die tariflichen Verhältnisse sind soweit gute zu nennen. Die Vorstandswahl ergab das in Nr. 14 bekannte gegebene Resultat.

e. Swinemünde. Die hiesige Mitgliedschaft hielt am 9. Januar ihre Ordentliche Generalversammlung ab, nach Erstattung des Jahresberichtes seitens des Vorsitzenden wurde der bisherige Vorstand wieder gewählt. Der Mitgliederstand betrug zu Anfang des Jahres 8, am Schlusse 9; Nichtmitglieder sind am hiesigen Orte nicht vorhanden. Der „Corr.“ wird in vier Exemplaren gehalten. Da die Mitgliedschaft sich vor einiger Zeit eine Bibliothek zugelegt hat, der Bibliothekar aber noch ein sehr kleiner ist, bitten wir diejenigen Ortsvereine, welche im Besitze von Duplikaten sind, uns dieselben zu überlassen und an Kollegen R. Stropogel, Swinemünde Frießhofstraße 2, zu senden; Porto wird gern vergütet. — Am 13. Februar beging die Mitgliedschaft die Feier ihres vierten Stiftungsfestes, bestehend in humoristischen Aufführungen und Tanz. In dieser Feier nahmen auch die hiesigen Prinzipale nebst ihren Familien teil; ein Zeichen von dem guten Einvernehmen, welches hierorts zwischen Prinzipalen und Gehilfen besteht. Das Fest nahm einen durchaus würdigen und gemüthlichen Verlauf.

x. Weimar. Wenn auch das verfloffene Geschäftsjahr des Ortsvereins als ein ruhiges bezeichnet werden kann, so war es doch nach der organisatorischen Richtung hin eins des Fortschrittes. Nicht durch stürmische Agitation, sondern durch eine solche, die Vernunftgründe und die zu erwartenden Konsequenzen der nicht zu umgehenden Verhältnisse in den Vordergrund stellte, dann aber auch durch zweckmäßigen Verkehr mit den Nichtverbandskollegen, gelang es, einige derselben, darunter langjährige Mitglieder des Untenbergs-Bundes, für unsere Organisation zu gewinnen. Und es bricht sich auch unter den noch abseits stehenden Kollegen mehr und mehr die Ansicht Bahn, daß die historisch-gewerkschaftliche Rolle nur dem Verbandszuge fallen kann und die in jenen Kreisen stärker werdenden Wünsche nach Einigkeit unter der Kollegenchaft gestatten erhellende Ausblicke. Die Mitgliederzahl betrug am Beginn des vergangenen Jahres 70, mit dem Eintritte in das neue Geschäftsjahr 80. Sowohl der Besuch der Versammlungen als auch der Verlauf derselben und die getroffenen Festlichkeiten ließen wenig zu wünschen übrig. Der obligatorisch eingeführte „Corr.“ erfreute sich zunehmender Beachtung. Hatte die Kasse in den vergangenen Jahren fast immer einen dürftigen Bestand, so nannte sie nach dem letzten Abschlusse etwa 100 Mk. ihr eigen. Die tarifliche Lage muß die Note „befriedigend“ erhalten und das Verhältnis zur übrigen organisierten Arbeiterschaft kann ruhig als gut festgestellt werden. Daß mal ein kleines Scharmittel Unwegselung bringt, ist, so lange auch die Arbeiter „eine Engel“ sind (frei nach Bebel), nicht zu verwundern. Ihre Solidarität bezeugte die Kollegenchaft stets in anerkannter Weise.

Zittau. Auch für unsere Mitgliedschaft war das Jahr 1903 ein ruhiges, wenn auch nicht gerade ein günstiges, da wir immer mit einigen konditionslosen und kranken Kollegen zu rechnen hatten. Die tariflichen Verhältnisse waren mit einer Ausnahme geregelt (die einzige nicht-tarifliche Druckerei am Orte hat infolge Ablebens des Besitzers inzwischen den Betrieb eingestellt und steht zum Verkaufe). Der Mitgliederstand betrug zu Anfang des Jahres 77, am Schlusse 78. Der Besuch der Versammlungen war ein sehr schlechter, so daß eine Besserung hierin dringend wünschenswert ist. Die Dristafel schloß mit einem Defizit von rund 40 Mk. ab. Allein an Vorkauf an Durchreisende wurden 90,80 Mk. verausgabt. Durch Sammellisten wurden seitens der Mitglieder ferner noch aufgebracht: 14 Mk. für den erblindeten Kollegen Metz und 14,35 Mk. für einen Invaliden am Orte. Das Johannistfest feierten wir gemeinsam mit den Kollegen aus der sächsischen und preussischen Oberlausitz und Nordböhmen in Gablonz a. R. (Als Festort für das Johannistfest 1904 wurde Zittau bestimmt und hat sich die hiesige Mitgliedschaft in einer spätern Versammlung zur Uebernahme desselben bereit erklärt.) Im letzten Viertel des zurückgelegten Jahres wurde auch hier eine „Graphische Vereinigung“ ins Leben gerufen. Hoffentlich bildet auch sie ein weiteres Bindglied in unserer Organisation.

Kundschau.

Wie aus der neuesten Nummer der „Typographie française“ ersichtlich, ist die Erhöhung des Monatsbeitrages im französischen Bucharbeiterverbande um 50 Cts. gesichert. Es fehlten zwar bei Fertigstellung der Nummer noch 15 Mitgliedschaften mit ihren Abstimmungsresultaten, da jedoch schon 6014 Mitglieder — von 8702 abstimmanden überhaupt — für die Erhöhung votiert hatten, kann das Gesamtergebnis nur das der Vertragserhöhung sein.

Eine Genossenschafts-Schriftgießerei soll in Chicago errichtet werden. Das Grundkapital wurde auf 10000 Doll. festgesetzt, auf 5 Doll. lautende Anteilscheine gelangen an alle Zweigvereine der Internationalen Buchdruckerunion zur Ausgabe.

Eine Musterarbeitsordnung besitzt die ihrer Konfuzerständlichen und traugigen Arbeitsverhältnisse wegen hinlänglich bekannte Buchdruckerei von Karl Schnabel in Ludwigsburg. Verboden ist nach derselben u. a.: 1. Der Ungehorsam gegen die erteilten Anordnungen. 2. Das Verweilen in fremden Abteilungen. 3. Nicht zum Geschäft gehörendes Schwaqen. 4. Das Spätetkommen zur Arbeit. 5. Unentschuldigtes Fernbleiben (Wau machen). (Entschuldigung ist nur die Weigerung einer ärztlichen Bescheinigung, welche unbedingt innerhalb drei Tagen gesehen muß, andernfalls die betreffende Person sofort entlassen wird.) 6. Die Weigerung von Ueberstundenmachen. 7. Kaltes Wasser laufen lassen. (Es darf dasselbe nur zum Trinken verwendet werden; für alle sonstigen Zwecke muß warmes Wasser benutzt werden.) 8. Bei Heizung das Fenster öffnen. 9. Schlechtes Ausschließen des Sages, oder dessen Ablegen, Umherliegenlassen von Manuscripte, Säge, Steine, Farbe, Druckfaden, sonstiges Material oder Kleidern. — Die übrigen minder drastischen fünf Punkte übergehen wir. Wer gegen die von Herrn Schnabel willkürlich erlassenen Verbote handelt, muß das erste Mal 50 Pf., das zweite Mal 1 Mk. bleiden, beim dritten Male fliegt er einfach zum Kempel hinaus. Abgesehen von dem offenbar Unsinne (Punkt 9) und den grammatischen Schönheiten ist diese Arbeitsordnung in jeder Beziehung ungefeßlich. Geldstrafen können nach § 134 b der Gewerbeordnung sich nur nach dem durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienste der betreffenden Person richten, bei einer Anlegerin oder einem Buchbindermädchen kann also nicht einfach eine Mark als Strafe angelegt werden. Dann kann auch die sofortige Entlassung in keinen der unter Strafe gestellten Punkte ausgesprochen werden, unter 5 allerdings, aber in diesem Falle nur sofort und nicht erst nach drei Tagen. Da weiter die Arbeitsordnung entgegen den Vorschriften des § 134 e nicht bei der Behörde eingereicht, über die Verwendung der Strafen keine Bestimmung enthält, vor ihrem Erlasse die großjährigen Arbeiter auch nicht gehört sein werden, so würde sich eine Einsetzung an die Behörde empfehlen, welche auf Grund des § 134 f der Gewerbeordnung schon das weitere besorgen und den Herrn Schnabel zur Rückzahlung der etwa geleisteten Bußen anhalten wird.

Ein erfolgreiches Debut auf der Verbrechertatbahn leistete sich der Buchdrucker Eugen Blauschieß aus Marstburg. Derselbe stand am 18. Februar vor dem Schwurgerichte in Göttingen unter der Anklage der räuberischen Erpressung und des Sittlichkeitsverbrechens. B. hat am 22. Dezember v. J. auf der Landstraße zwischen Butterberg und Hann. Münden ein junges Mädchen angefallen, ihr das geringe Barvermögen von 30 Pf. abgenommen, es dann von der Straße auf eine Wiese geschleppt und dort verewaltigt. Von der ersten Anklage wurde er freigesprochen, während er wegen Raubdudt zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. B. ist 21 Jahre alt und will seine Tat in betrummetem Zustande begangen haben.

Auch ein Frächtker. Der vorbeirafte zweiundzwanzigjährige Schriftsetzer Max Lange aus Waldenburg i. S. wurde wegen eines verflüchtigen dreifachen Gelegenheitsdiebstahls, begangen in Leipzig-Neubau, zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 2 Wochen Haft verurteilt.

„Aus allerlei Garnisonen“, eine von einem Redakteur Arnold in Ditschay verfaßte Broschüre über die Zustände im deutschen Offizierkorps, hätte gar keine bessere Bekanntschaft finden können, als sie ihm von dem mit der Herstellung betrauten Leipziger Drucker geworden ist. Derselbe hatte, nachdem acht Bogen bereits die Presse verlassen, das Empfinden, der Inhalt enthalte manches von den konfizierten Wilschens Monane, auch seine Eigenschaft als Reserveoffizier und seine sonstigen Beziehungen zum Kaiser ließen ihm die Situation etwas unbehaglich erscheinen. Von diesen etwas seltsamen Sorgen eines Druckerbetreibers in Kenntnis gesetzte Leipziger Polizei frug beim Kriegsgerichte in Metz an, welches zunächst die Beschlagnahme verfügte, nach Einsicht in die Broschüre dieselbe aber wieder freigab. Das Verhalten des Druckers ist gottlob des Landes sonst nicht der Brauch und wird es auch nicht werden. Wenn derselbe so ängstlicher Natur, dann hätte ihn doch der Titel der Schrift schon zur Vorsicht mahnen sollen, er konnte allenfalls noch während des Druckes von der Herstellung zurücktreten, der von ihm gewählte Schritt rechtfertigert sich aber unter keinen Umständen. Wenn Verfasser und Verleger sich daher an ihrem fahnenflüchtigen Drucker schadlos halten wollen, so ist das nur ihr gutes Recht.

Das Leipziger Adreßbuch wird von seinem neuen Verleger August Scherl trotz vorzunehmender Verbesse-

rungen und Erweiterungen vom nächsten Jahrgange ab von 16 auf 8 Mk. im Preise herabgesetzt. Die Ausgabe für 1904 umfaßt 186 Bogen ohne Inlerate und Inhaltsverzeichnis, im ganzen also etwa 200 Bogen.

Die Leipziger Majestätsbeleidigungsafrage. Die Redakteure der Leipziger, der Muldentaler und der Altenburger Volkszeitung sind mit ihren Revisionen vom Reichsgerichte abgewiesen worden; es bleibt also bei der Strafe von 6, 4 und 3 Monaten wegen Veröffentlichung des Artikels „Ein Stiefbruder Wilhelm II.“ In Halle a. S. und Erfurt hat es aber mit der Freisprechung in dieser Sache sein Bewenden. Das nennt man Rechtsseinheit in Deutschland!

Der Reichstag hatte mit der Beratung des Stats des Reichsamtes des Innern die zwei letzten Wochen fast noch ganz zu tun. Welche Fragen des weitreichenden Gebietes der Sozialpolitik da berührt und welche Momente den Herren Abgeordneten für ihre mit meist negativem Erfolge gehaltenen Reden dienen mußten, läßt sich nur andeuten und davon schließlich auch nur das Wichtigere von dem vielen Mancherlei. Mit dem Ankündigungssverbote von Geheimmitteln in der Presse hat der Redestrom an. Wie meistens, wenn vom grünen Tische aus etwas für die Praxis des Lebens geschaffen werden soll, wurden nicht gerade die geschicktesten Hände zur Verwirklichung der von der Volksvertretung für notwendig befundenen Remedur herangezogen. Das vom Reichsgeheimtatsamt aufgestellte Verzeichnis der Geheimmittel ist auf so ein fadenhaftes Produkt, so daß das Ende der allgemeinen Unklarheit arge Schiffaniererei der Presse ist wie Abgeordneter Müller-Meinungen ganz richtig sagte. Aus den regierungsfreudigen Erklärungen darf man nicht mit zu großer Hoffnung auf eine den Bedürfnissen künftig besser entsprechende Regelung dieser Materie rechnen. Das Fleißbeschaugesetz, einer der traurigsten Triumphe reaktionärer Wirtschaftspolitik, wie es der „Samburgische Correspondent“ bezeichnet hat, war dem Abgeordneten und Kollegen Scheidemann eine willkommenen Gelegenheit, die Schleusen der Agrarierklagen zu ziehen, um umso kräftiger dann die Herren Junfer mit ihren beweislosen Tiraden in die Enge zu treiben. Das hohe Lied vom nationalen Schweine erlangt denn auch in allen Tonarten, von den tatsächlichen Schädigungen des Volkswohls durch dieses den Import von Fleisch und Wurst ganz enorm unterbindenden Gesetzes wollen natürlich die Herren von, auf und zu, nichts wissen. Das Versteht aber ist, daß von agrarischer Seite — im Reichstage allerdings in verflüchtiger, im preussischen Abgeordnetenhaus jedoch mit junckerlicher Rücksichtslosigkeit — die Forderung erhoben wird, für die Hauschlachtungen die Trichinenjau zu beseitigen, alles vom Auslande kommende Fleisch soll aber nach denselben Leuten der peinlichsten Untersuchung auch ferner unterworfen bleiben. Ein derartiges Profitmachen in die eigne Tasche findet überhaupt kein Beispiel! Beim Kapitel Reichsversicherungssamt gab es dann ein großes Verweilen und hiesige Wortgefechte. Abgeordneter Molkemeyer eröffnete den Tanz mit einer Streifung des Verzeitsamtes, forderte eine Vereinheitlichung der drei Versicherungszweige, die jetzt allein 36 Millionen Mark Verwaltungskosten verursachen, desgleichen eine Vermehrung der technischen Aufsichtsbearbeiter, um die rund 580000 Betriebe wenigstens einigermaßen kontrollieren zu können und ging dann auf die in auffallender Weise zunehmende Unfallschuldigkeit in der Landwirtschaft des näheren ein, welcher Umstand sogar dem Kaiser schon Anlaß zur Verurteilung gegeben hat. Der Berliner Gewerkschaftssekretär und Abgeordnete Förster nahm sich dagegen die Rechtssprechung und die ganze Wirksamkeit des Reichsversicherungsamtes als Ziel seiner als schwere Anklagen sich erweisenden Ausführungen an. Die Herren Kerze Muggau und Beder nahmen die Berufsgenossenschaften, die Schiedsgerichte, das Reichsversicherungssamt und nicht am letzten ihre als Vertrauensärzte für diese Institutionen tätigen Berufscollegen gegen diese Angriffe in Schutz, indes Graf Pjodadowstch doch verschiedene Mängel — namentlich bei der Rentenfestsetzung — hierbei zugeben mußte und Abhilfe versprach. Die Abgeordneten Bümelberg und Sachse gingen dann noch einmal auf die sich mehrende Unfallschuldigkeit und zu deren Vorbeugung geeignete Maßnahmen näher ein, woraus für uns von Interesse, daß bei der Gruppe Papier und Buchdruckerei die Steigerung in den Jahren von 1897 bis 1902 die niedrigste gewesen ist, nämlich nur 0,21 Proz. betragen habe; die Höchsteigerung beläuft sich aber auf 49 Proz. Abgeordneter Fräßdorf ging nach dem sehr praktischen Vorschlage, die Berufsgenossenschaften möchten in ihrem eignen Interesse aus den Reihen der Beruflichen sachverständige Kontrolloren den technischen Beamten als Assistenten begeben, dann auch noch mit dem Abgeordneten Muggau ins Gericht; der Krieg zwischen den Krankenkassen und Ärzten war also wieder aufgerollt. Die von diesem Redner vorgeschlagenen Ergebnisse dreier Klassen in Köln, welche von der freien zur beschränkten Artzahl übergegangen sind, bestätigen die finanziellen Wirkungen des erstgenannten Systems, wie sie von den Gegnern desselben immer behauptet werden, vollst. Dr. Muggau hatte obendrein die Freistigkeit, zu behaupten, auf dem Leipziger Krankenkassenkongresse wären nur Sozialdemokraten als Delegierte anwesend gewesen; die Drohung, daß die Kerze es bei den gegenwärtigen Differenzen auch mit den Gewerkschaften zu tun kriegen würden, nahm Muggau wie ein Ritter Georg hin. Daß der Regierungspräsident in Köln so wie gesehen in den Kerzestreich eingegriffen, hielt Muggau aber auch nicht für berechtigt. (Der preussische Sanitätsminister Müller

kann — laut der im Abgeordnetenhaus abgegebenen Erklärung — in dem Vorgehen der Kölner Behörden jedoch durchaus keinen Eingriff in die Selbstverwaltung der Krankenkassen erblicken.) Abgeordneter Robert Schmidt hat in seiner Tätigkeit als Leiter des Zentralarbeitersekretariates bezüglich der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes weniger ungünstige Erfahrungen gemacht wie sein Kollege Köpcke. Die Beschwerde, daß beim Reichsversicherungsamt die Arbeitersekretäre ohne weiteres zugelassen werden, indes die Unfallgerichtsgerichte dieselben ablehnen, wurde vom Grafen Posaadowsky dahin beantwortet, daß ein Recht der allgemeinen Ausschließung der Arbeitersekretäre nicht bestehe, es müsse immer ein positiver Grund vorhanden sein. Das Verlangen, für in erster Instanz erledigte Rentenansprüche das Wiederaufnahmeverfahren zuzulassen, wenn sich die Zeugnisaussagen als falsch erweisen haben, fand vom Staatssekretär des Innern ebenfalls Ablehnung. Bei den weiteren Verhandlungen kam man auch auf die Verhältnisse der Versicherungsgesellschaften Victoria und Prometheus zu sprechen. Es sollen über die vorgebrachten Beschwerden Ermittlungen angestellt werden. Dann folgte eine große Rundtabelle, das erste große Ereignis dieser Art im Reichstage. Mit der Wiederherstellung der Hofkönigsburg ging es los, bald aber war man bei der Weltausstellung in St. Louis bzw. der Beteiligung der deutschen Kunst an internationalen Ausstellungen; die Geschichte hat bekanntlich in der Budgetkommission des Reichstages schon ein Vorbild gehabt. Der lange aufgeschobene Unmut, wie er mit dem „Sang an Regier“, den Urteilen des Kaisers über die moderne Musik und deren Vertreter (was für den hochbegabten Komponisten und Kapellmeister Richard Strauß ein Anlaß zum Müttritte von der Berliner Hofoper gewesen), der allgemeinen Mißbilligung begehrenden Förderung einer Hohenzollernkammer = Ueberleitung durch das Poetenschiedespaar Lauff und Widenbruch, dem auffälligen Ausschreiben verschiedener, der modernen Malerei sich nicht ganz verschließender Galleriedirektoren begonnen und sich verzweigt hatte — all dieser Zündstoff kam bei der Sejjionsdebatte zu einer Explosion, wie man sie von einem so zusammengelegten Reichstage eigentlich gar nicht erwartet hatte. Mag sein, daß das von Weimar gezeigte Beispiel des Widerstands gegen die Auslöschung einseitiger Kunstanschauungen ermunternd zur Nachahmung gewirkt hätte. Der Zentrumsmann Spahn nahm sich nicht minder der nichthofffähigen, verpönten Kinnstilkunst an wie Herr v. Kardorff, dessen Sohn erfolgreich der Kunst der Glendmalerei obliegen soll. Das Urteil dieses alten Haudegen gegen Volkswohl und Volksfreiheit über die monumentale Geschmacklosigkeit der Berliner Siegesallee und die schon oben gekennzeichneten Liebhaberumstrichungen zeitigte ein kleines Ereignis im Hause: Herr v. Kardorff, der vielbescholtene Laurahüttenmann, fand den Beifall der Linken! Die Ausführungen der Singer, Ortolan, Müller-Meinungen, Dove, Kirck, Südekum hatten, trotz Abweichungen im einzelnen, alle den Grundton: so kann es nicht weiter gehen! Eine mittlere konservative Leuchte, der Abgeordnete Henning, hielt einzig und allein eine Rede für die Kunstfreudigkeit der Könige und Fürsten, war aber auch nicht damit einverstanden, daß Deutschland durch den Willen einer einzigen Stelle auf der Weltausstellung in St. Louis eine nicht wieder gut zu machende Schlappe sich hole. Dem kann jedoch nicht mehr abgeholfen werden, denn die Ausführungen des Prügelnaben und Operkaunnes Posaadowsky, wie Abgeordneter Müller-Meinungen sich auf eine freundliche Mahnung von Seiten des Präsidenten verbesserte, beließen keinen Zweifel, daß es diesmal so bleibe, wie die verbündeten Regierungen beschloßen — ein andres Mal könnte es vielleicht anders kommen. Dieses andre Mal wird man wohl hoffentlich noch erleben. Es wird sich dann ja zeigen, ob dieser überraschend einhellige Protest gegen eine von Oben befohlene, im Sinne des „Sic volo, sic jubeo“ gehaltene Kunst irgend welchen Erfolg, eine Nachgiebigkeit wie etwa bei der Kanalvorlage, herbeiführt hat. Wenn also bei der diesmaligen Wünderherchau der Notruf erscholl: Reichstanzler werde hart, Bülow ziehe Kürassierstiefel an, so findet diese Notwendigkeit mit dem fünfständigen Redetourner am 15. und 16. Februar jedenfalls eine viel kräftigere Begründung. Der sonst so redefrische Reichstanzler hatte es vorgezogen, diesem gefährlichen Gesedeh — wohl aus Gründen, die bei Lucanus liegen — nicht beizuwohnen und dem vielgeplagten Grafen Posaadowsky diesen inhaltvollen Reder allein bis zur Reize lehren zu lassen; der dezemberliche Sjurenritt gegen die Sozialdemokratie wird also wohl schwerlich von einem kräftigen Auftreten mit dem Kürassierstiefel an einer andern Stelle abgelöst werden. — Es kam dann noch die Förderung des Kleinwohnungswesens und die Unterstützung von Baugenossenschaften zur Sprache. Abgeordneter Singer wünschte, daß nur solche Genossenschaften unterstützt werden sollen aus Reichsmitteln — es sind diesmal 5 Millionen Mark zu diesem Zwecke vorgezogen — welche die erbauten Häuser in ihrem Besitze behalten und kritisierte dann mit Recht, daß mit der sogenannten Wohlfahrtsrichtung der Fabrikwohnungen die Arbeiter vollstündiger Schutzlosigkeit verfallen, weil sie mit dem gezwungenen oder freiwilligen Aufgeben der Arbeit auch sofort die Wohnung räumen müssen. Graf Posaadowsky kündigte in seiner Antwort auch eine Denkschrift über die Verbesserung des Arbeiterwohnungswesens und die von den Landesversicherungsanstalten hierzu geleisteten Beihilfen an. — Dann kam der Postetat an die Reihe, welcher die zweite Hälfte der letzten Woche vollständig beanspruchte. Abgeordneter Gröber vom Zentrum

forderte nach einigen Bemängelungen das Koalitionsrecht für die Beamten, namentlich für die Unterbeamten, denen man trotz der bestehenden und sich gut bewährenden Vereinigungen in Bayern und Württemberg im Reichspostgebiete dieses selbstverständliche Recht noch streitig mache. Auch Singer und der freisinnige Eichhoff verlangten das Koalitionsrecht für die Unterbeamten, dagegen unterschied der Freisinnsmann weiblicher Richtung Schrader zwischen einem für die Postbeamten nicht vorhandenen Koalitionsrechte und einem für sie wohl bestehenden Vereins- und Versammlungrechte. Der Staatssekretär Kraete, welcher ja gegen die den süddeutschen Postbeamten gewährte Freiheit nichts zu sagen hat, wartete mit einem glatten Nein c. f., auch betreffs einer allgemeinen Revision der Unterbeamtengehälter erfolgte nur eine negative Antwort; im neuen Etat sind bekanntlich nur Gehaltszulagen für die Landbriefträger vorgezogen. Das Verbot der Verlagsversammlung in Hamburg wurde von Gerlach selbst auf das Tapet gebracht, was einen späteren festigen Ausfall des Abgeordneten Kopich von der freisinnigen Volkspartei gegen die von Gerlach vertretene Richtung des Sozialliberalismus zur Folge hatte, natürlich unter dem Beifalle der Rechten. Diese Auseinandersetzungen fanden am letzten Tage der Woche eine interessante Fortsetzung. Die Dittmarzensfrage für die Postbeamten fand ziemlich allgemeine Gegenerschaft, sonst gab es noch einen ganzen Berg von Beschwerden und Wünschen.

Zur Aufklärung für die Arbeitgeber betitelt sich eine Klarstellung des Herrn Arthur Schölem, welche derselbe an seine Kollegen, die Buchdruckereibesitzer Berlins, versendet, um dieselben über den gegenwärtigen Konflikt der Ärzte mit den Krankenkassen zu informieren. Als besondern Vorwand nimmt Herr Schölem die bedauerliche Tatsache, daß die Zeitungen der bürgerlichen Parteien einen durchaus einseitigen Standpunkt einnehmen und überall die ärztlichen Forderungen propagieren. Herr Schölem wird vielleicht die Freundlichkeit haben, seinen Leipziger Kollegen, d. h. den Herausgebern der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ und des „Leipziger Tageblattes“ seine Klarstellung auch zugehen zu lassen, denn deren Blätter haben wohl die Ausführungen unserer Kollegen Kaumanns und Schneiders, welche bekanntlich den ärztlichen Forderungen durchweg sympatisch sind, als Ansicht des „Corr.“ in die Welt hinausgetragen — natürlich zur unenblischen Verbiegung der Ärzte — von dem entgegengesetzten Standpunkte der Redaktion aber keine Notiz genommen und wo diesmal einmal nebenläufig in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ geschah, unter größtlicher Verdrehung unsrer Meinung in dieser Sache. Was Herr Schölem seinen Kollegen auf den vier Quartseiten seiner Klarstellung sagt, ist auch unsre ausführlich dargelegte und begründete Auffassung von diesem Streite. Ein besonderes Verdienst hat sich genannter Herr aber damit erworben, daß er auch bei dieser Gelegenheit wieder den Differenzen den Stempel der sozialdemokratischen Mache nimmt. Herr Schölem schreibt in dieser Beziehung nämlich: „Entschieden muß auch hier die Behauptung der Ärzte zurückgewiesen werden, daß nur der Terrorismus der in „sozialdemokratischen“ Händen befindlichen Krankenkassenverwaltungen schuld sei an dem gegenwärtigen Streite; denn die Arbeitgeber, die in den Kassenverwaltungen sitzen und zum größten Teile Gegner der Sozialdemokratie sind, sind in der Arztwahlfrage durchaus einig mit den Vertretern der Arbeitnehmer. Aber man weiß ja, wozu solche Behauptungen in die Welt gesetzt werden: nur um den gebührenden Abscheu des Publikums zu erzeugen.“

Das Vorgehen der Behörden in Köln beim Arztkonflikte fordert zu immer schärferen Protesten heraus. Jetzt haben die Mandanten der Krankenkassen eine energische Verfügung erhalten, keinerlei Zahlung an die Apotheken für von den hinzugezogenen Ärzten den Mitgliedern verordnete Medikamente zu leisten. Der Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln will für seine dortigen Mitglieder mit Betriebskrankenkassen bei dem Obergerichtsklage gegen die behördlichen Verfügungen erheben. Die diesen Beschluß fassende Versammlung der Industriellen protestierte auch gegen den Versuch, die Bewegung gegen die behördlichen Maßnahmen einen parteipolitischen Anstrich zu geben. Es bestehe in diesem Kampfe zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern kein Gegensatz, beide Teile aber empfinden das Vorgehen der Aufsichtsbehörden als eine bedauerliche Störung ihrer gemeinsamen Tätigkeit. Von den fremden Ärzten verlangte jeder eine Abfindungssumme von 30000 Mark, wird diese nicht geleistet, soll die Sache beim Gerichte anhängig gemacht werden.

Vom Kölner Kriegsschauplatz ist weiter auch eine große Volksversammlung zu registrieren, die sich in schärfster Form gegen die Maßnahmen der Regierung und das zweifelhafte Auftreten des Abgeordneten Trimborn im Abgeordnetenhaus wandte. In dieser Versammlung war auch von einem neuerlichen Schreiben des preussischen Handelsministers an den Regierungspräsidenten in Köln die Rede, in welchem die Beschwerde der Kölner Krankenkassen an das Ministerium, wenn auch verblümt, so doch in der Hauptsache unverkennbar als berechtigt anerkannt werden. Dem schneidigen Präsidenten begnügt also der Sitz zu wackeln; dieser Vorgang ist jedenfalls sehr interessant, wenn es unter diesen Umständen auch verwunderlich genug ist, daß der Minister im Abgeordnetenhaus drei Tage zuvor erklären konnte, ein Eingriff in die Selbstverwaltung der Kassen liege in Köln nicht vor.

Der Leipziger Krankenkassen- und Ärztefreier, der in der letzten Zeit einen Tag begraben, am andern jedoch wieder lichterloh aufbrannte, geht nun unweigerlich seinem Ausbruche am 1. April entgegen. Die von dem Kreisauptmann v. Ehrenstein in anerkanntester Weise immer wieder unternommenen Einigungsversuche sind endgültig gescheitert an dem besarrlichen Widerstande der Ärzte. Der Kreisauptmann (Regierungspräsident) hatte schon in seiner beiden Teilen als ein Pro memoria unterbreiteten Vorlage die Ärzte ziemlich scharf angelassen, dann schienen die Herren einlenken zu wollen, aber an der Frage der arbeitswilligen Ärzte wurde auch hier die Sache zu Wasser. Die Ärzte wollen nicht eher Frieden schließen, bis die Kontrakte mit den neuen Ärzten gelöst sind. Die Kreisauptmannschaft hatte die Belohnung der Pauschale bis zu 150000 Mk. für diese Ärzte vorgeschlagen, es stellte sich dann aber heraus, daß die Kasse schon so viel neue Kräfte engagiert hatte, daß eine Ueberführung dieser Summe außer Zweifel stand. Bemerkenswert in der letzten Mitteilung der obren Behörde ist, daß selbst bei den ganzen Verhandlungen nachdrücklich für Aufrechterhaltung der beschränkt freien Arztwahl eingetreten sei.

Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Magdeburg hat der Arztstreik durch die von dem Regierungspräsidenten unternommenen Einigungsversuche mit einem Vergleiche geendet. Die von der Kasse den Mitgliedern empfohlenen 38 Ärzte unter den 120 übrigen Kassenärzten hatten gegen diese Auswahl Protest eingelegt und Einführung der Kampftage beschloßen. Der Regierungspräsident überzeugte die Ärzte, daß sie die Entlassung des auf Lebenszeit angestellten Mandanten Wendlandt nicht gut fördern könnten. Die Einigung basiert nun auf der Grundlage, daß die Ärzte die Forderung, bestimmte Neuerungen genannten Mandanten als „größtliche Dienstvergehen“ zu protokollieren, fallen ließen, daß aber ein andrer Fall als einmaliges Amtsvergehen zu Protokoll genommen wurde.

Der Arztstreik in der Pfalz ist in letzter Minute noch vermieden worden. Man einigte sich dahin, daß von den Kassen eine Kopftage von 4 Mk. und die Einführung von Schiedsgerichten als einzige Instanz für Regelung von Streitigkeiten sowie die Aufnahme einer bezüglichen Klausel in die abzuschließenden Verträge zugestanden wird. Die von den Ärzten geforderte uneingeschränkte freie Arztwahl konnte mit Rücksicht auf die in der Pfalz obwaltenden Verhältnisse nicht zugestanden werden.

Bei der „National-Zeitung“ in Berlin sind zwischen den Hilfsarbeiterinnen und der Geschäftsleitung Differenzen ausgebrochen. — In Stendal und Schw. = Mühl sind die Schneider wegen Nichtanerkennung des bekannten Arbeitsvertrages ausgeperrt, in weiteren 20 Orten dürfte es in Wäbe auch zum Kampfe kommen. — In Elrich und Umgegend streifen nummehr 460 Wiparbeiter. — Beim „Niedererschleisschen Anzeiger“ in Görlitz stellten die Zeitungsfrauen ihre Tätigkeit wegen Lohnreduktion ein. — Die Hamburger Kürschner und Buchbinder haben nach siebenwöchentlicher Ausperrung ihre Forderungen in der Hauptsache durchgedrückt.

Die Ausperrung in der Diamantindustrie zu Amsterdam ist nun zur Tatsache geworden und erstreckt sich auf 5600 Personen. — In Antwerpen arbeiten 430 Mühlen zu den Bedingungen der Diamantarbeiterorganisation. — In Tigevano (Italien) sind 1500 Baumwollarbeiter wegen Lohnfreitigkeiten ausgeperrt. — Die Tischler in Prag haben nach achtwöchentlicher Ausperrung die Anerkennung ihrer Organisation und eines Teiles ihrer Forderungen erreicht.

Die Frequenz an den neun technischen Hochschulen in Deutschland hat gegen das Sommersemester um 202 Studierende zugenommen, die Gesamtzahl der Immatrikulierten beträgt jetzt 1218. Außerdem nehmen an den Vorlesungen 3991 (gegen 2902 im Vorsemester) Hörer, Hospitanten, kommandierte Offiziere und Maschineningenieure der Marine teil. Frauen als Zuhörerinnen weisen Darmstadt 28, Hannover 324, Braunschweig 90 und Karlsruhe 39 auf.

Briefkasten.

Der Bürgerpaul in Lübeck: Herrgott ja, wird schon gemacht werden, damit Ihr Euer europäisches Gleichgewicht wieder findet. Besten Dank für Mitteilung in Sieberladen. — Vereingete Judanerklaus in Pforzheim: Im nächsten Jahre werden wir Eure „narrischen“ Bedürfnisse befriedigen. Gruß! — Spandau: Wir konnten leider die betreffende Anfrage nicht mehr finden, um festzustellen, ob jener famose Herr sie eingelebt. Hoffentlich werden die elf Verbandsmitglieder ihre Pflicht tun. Unfre Antwort auf die Anfrage des Kollegen O. B. sollte dartun, daß die Firma J. Unsiniges verlangte, was jedes Verbandsmitglied zurückweisen mußte. Wenn wir schreiben, daß Kollege W. nicht bald wiederkommen möge, so liegt das daran, weil sich die „Corr.“-Redaktion immer mehr zum Arbeitersekretariate auswächst, was uns unendlich viel Zeit kostet, da man sich mit all und jedem an uns wendet. — W. in München: Da Sie sich sachlichen Gründen als unzugänglich erweisen, verlohnt es sich nicht, mit Ihnen zu rechten. Weshalb wir auch Ihre häßliche Postkarte zu all dem Material legen, mit dem unss Besohet oder Unverstand so reichlich bedacht haben. — R. 100: Diese Frage kann Ihnen in bindender Form nur der Zentralvorstand beantworten. — R. 100: Davon ist uns nichts bekannt, wäre aber von den Arbeitern an betreffen-

der Stelle anzugehen. — C. R. in Berlin: In diesen Fragen erhalten Sie aber beste zuverlässige Auskunft im Berliner Zentralarbeitssekretariat. — F. D. in Dresden: Bedauern sehr, Ihre Einfindung ablehnen zu müssen. — H. W. in D.: Ja; beachten Sie im Tarifkommentar die Note 184 auf Seite 116. — F. Sch. in Wismar: Nur das dortige Postamt ist verantwortlich, doch haben wir Ihre Karte der hiesigen Zeitungspost behufs Unterjuchung der Angelegenheit übergeben.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbüro: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III.

Bezirk Münster i. W. Die Wohnung des Bezirksvorsitzenden F. Fackender befindet sich ab 1. März Auguststraße 31.

Bezirk Zeitz. Die diesjährige erste Bezirksversammlung findet Sonntag den 20. März in Scheuditz im „Gasthof zum Deutschen Hause“ statt. Unträge zu derselben wolle man bis spätestens den 8. März an den Vorsitzenden Herrn Höfer in Zeitz, Weinbergstraße 8, gelangen lassen. Alles Nähere durch Zirkular.

Elmsborn. Der Vorstand setzt sich zusammen aus: W. Nachow, Vorsitzender; G. Wilken, Kassierer; W. Frauchen, Schriftführer; F. Schorch, Bibliothekar; J. Nissen und M. Friedrich, Beisitzer.

Nürnberg. Die Verwaltung besteht für das laufende Jahr aus folgenden Kollegen: Fr. Link sen., Deutschherrenstraße 24, IV, erster Vorsitzender; Gust. Weischnid, zweiter Vorsitzender; Joh. Stumpner, Untere Krämergasse 15, Kassierer; Ludw. Meinert, Schriftführer; Wils. Kolb, Reifensackgasse, Jos. Weber, Bibliothekar; Heinrich Einsiedler, Hugo Schelle, Friedr. Strobel, Beisitzer.

Nürnberg. (Buchdruckmaschinenmeisterklub.) Die Vorstandschaft für 1904 besteht aus folgenden Kollegen: Ludw. Wamann, Obere Kirchheimerstraße 40, I, erster Vorsitzender; Christlan Badosen, zweiter Vorsitzender; Julius Herd, Roebleinstraße 26, III, Kassierer; Gottfried

Zimmermann, Schriftführer; Christof Zettel, Bibliothekar; Abel und Franz Schäfer = Führt, Beisitzer. Reisez-Unterführung zahlr., Köstge-Wilh. Kolb, Restaurant „Englischer Hof“, aus.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Dortmund der Drucker W. Grafekamp, geb. in Dortmund 1882, ausgel. das. 1900; war noch nicht Mitglied. — In Witten der Seher Rud. Schöbel, geb. in Görtitz 1883, ausgel. das. 1902; war noch nicht Mitglied. — H. Weder, Kieselstraße 5, II.

In Leipzig die Seher 1. Heinrich Fahrenhold, geb. in Heiligenstadt 1880, ausgel. in Erfurt 1900; 2. Siegfried Hahn, geb. in Eberswalde 1876, ausgel. das. 1895; die Drucker 3. W. Felix Emmerich, geb. in Mödern b. Leipzig 1882, ausgel. in Leipzig 1901; 4. Franz Körner, geb. in Leipzig-Neudorf 1879, ausgel. in Leipzig 1898; 5. Felix Kugler, geb. in Leipzig 1870, ausgel. das. 1894; 6. Max Stritz, geb. in Leipzig 1885, ausgel. das. 1903; 7. C. F. Arthur Fiesche, geb. in Leipzig-Volkmarstorf 1878, ausgel. das. 1897; waren schon Mitglieder; 8. Paul Robert Hennig, geb. in Leipzig-Neustadt 1880, ausgel. in Leipzig 1903; 9. Walter Siebert, geb. in Sudenburg 1884, ausgel. in Leipzig 1903; 10. der Schweizerdegen Albert Niediger, geb. in Sinsleben 1885, ausgel. in Ermleben a. S. 1902; 11. der Seher Alban Arno Schubert, geb. in Raschau (Erzgeb.) 1881, ausgel. in Aue 1899; 12. der Maschinen-seher Arthur Weiske, geb. in Mannichswalde 1880, ausgel. in Aue 1899; 13. der Galvanoplastiker Alfred Möbius, geb. in Leipzig-Volkmarstorf 1883, ausgel. in Leipzig 1901; 14. der Justierer Adolf Otto Lamm, geb. in Leipzig-Neustadt 1885, ausg. in Leipzig-Schönefeld 1903; waren noch nicht Mitglieder. — Wilhelm Mitsche, Bräuerstraße 9, I.

In Grünberg der Schweizerdegen Willy Hofmann, geb. in Wpolda 1884, ausgel. das. 1901; war schon Mitglied. — A. Holland in Gießen, Schulstraße 11, II.

In Nürnberg der Galvanoplastiker Willy Rud,

geb. in Dresden 1881, ausgel. das. 1900; war schon Mitglied. — Ludw. Joeltich in München, Auenstr. 22, I, I.

In Wismar i. M. der Seher Wilhelm Stolze, geb. in Köthen 1877, ausgel. das. 1896; war noch nicht Mitglied. — H. Schumacher, Großschmidestraße 29.

In Böhrg bei Seher Walter Falk, geb. in Leipzig 1884, ausgel. das. 1903; war noch nicht Mitglied. — Herrn Höfer in Zeitz, Weinbergstraße 8.

In Wien die Seher 1. Fritz Fitting, geb. in Bernau (Brandenburg) 1885, ausgel. in Prizhwal 1903; 2. Johann Schwarz, geb. in Nauenberg (Döhr.) 1880, ausgel. in Heilsberg 1898; waren noch nicht Mitglieder. — Karl Mieß in Wien VII/1, Seidengasse 17.

Arbeitslosen-Unterstützung.

Hauptverwaltung. Der Seher Alois Zahorka aus Wien wird von seiner Schwester Magdalena Spiste gebeten, seinen Aufenthalt bekannt zu geben, da Todesfall vorliegt. Adresse: Wien, VI. Bez., Magdalenenstraße 53, Tür 25. — Die Herren Verwalter wollen den Kollegen J. hierauf aufmerksam machen.

Uissa i. B. Das Statutum für Ausgesteuerte und Nichtbezugsberechtigte wird von jetzt ab nur in der Wohnung des Kollegen J. Cierpka, Kaiser Wilhelmstr. 29, und zwar in der Zeit von mittags 12 bis 1/2 Uhr und abends von 7 bis 1/2 Uhr ausgehakt.

Tarif-Amt der Deutschen Buchdrucker.

Berlin SW 48, Friedrichstraße 299.

Briefadresse: J. S. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs.

Schiedsgericht betr. Hamburg (Gehilfenwahl): C. Zafchner, Schanzstraße 72, II; A. Hanewader, F. Mellmann als Mitglieder; A. Blume, C. Mendorf, C. Bogunke als Stellvertreter. (Wiederholt aus Nr. 21 des „Corr.“)

Berlin, 14. Februar 1904.

Gg. W. Bürgenstein, L. S. Giesecke, Prinzipalvorsitzender. Gehilfenvorsitzender. Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Deutsche Buchdrucker und Schriftgießer!

Nachdem alle Vermittlungsversuche des Tarif-Amtes sowie der Zentrale der Schriftgießereibesitzer Deutschlands und der der Gehilfenschaft mit den Leipziger Schriftgießereibesitzern erfolglos geblieben sind, sieht sich die unterzeichnete Kommission veranlaßt, diejenigen Leipziger Schriftgießereifirmen bekannt zu geben, welche ein Eingehen auf die Arbeitsbedingungen, die von allen Gießereifirmen Deutschlands als recht und billig anerkannt sind, abgelehnt haben; es sind dies die Firmen:

Böttger, Klinkhardt, Humrich, Hübl, Schelter & Giesecke.

Wir rechnen in unserem Kampfe auf die Solidarität aller Verbandskollegen, namentlich aber derjenigen, welche auf den Ankauf von Schriftgießereierzeugnissen einen Einfluß auszuüben in der Lage sind.

Berlin.

Zentralkommission der Schriftgießer Deutschlands.

Offerten erbeten zur Herstellung eines größeren typographischen

Kataloges für Uhrenfabrikation sowie eines größeren Quantums in dieser Branche einschlagender

Klischees

Case postale 1049, La Chaux-de-Fonds (Schweiz). [703]

Ein Herr

gleich wo wohnhaft sofort gesucht zum Verkauf von Zigarren an Wirt, Händler usw. Vergütung ev. 250 Mk. pro Monat oder hohe Provision. A. Rieck & Co., Hamburg. [702]

Korrektor

Fachmann, sprachkundig, durchaus zuverlässig in wissenschaftlichem Werkzeuge, wird in dauernde Stellung gesucht.

Oskar Brandstetter
Leipzig. [696]

Zuverlässige
Höhhebler und Teilerinnen
finden sofort Kondition. Wilhelm Cronau, Schriftgießerei, Schöneberg b. Berlin. [677]

Maschinenmeister

tüchtig im Illustrations-, Autotypie- u. Wunddrucke, mit einfacher sowie mit Zweitourmaschinen von König & Bauer und Schelter & Giesecke vertraut, sucht dauernde Kondition. Beste Offerten unter Nr. 698 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Den Bewerbern um die von mir ausgeschiedene Maschinenmeisterstelle hiermit zur Nachricht, daß dieselbe bereits besetzt ist; im übrigen besten Dank!
H. Sulmann, Döbenburg. [700]

Norddeutscher Maschinensetzer-Verein

Sitz Hamburg.
Vereinslokal: Aug. Opik, Kaiser Wilhelmstr. 48.

Samstag den 28. Febr., nachm. präzis 2 Uhr:

Verammlung.

Tagesordnung: 1. Mitteilungen des Vorstandes; 2. Beratung des Entwurfes der Bestimmungen zur Bewertung der Leistungen an den Schmalzschneidern; 3. Technisches; 4. Verschiedenes.
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung erwartet ein vollständiges Erscheinen
Der Vorstand. [699]

Lübeck. Sonnabend den 27. Febr., abends 9 1/2 Uhr: Monatsversammlung im Goldenen Apfel, Schmiedestraße. A. D.: 1. Mitteilungen; 2. Die bevorstehenden Vertreterwahlen zur Generalversammlung der Ortskrankenkasse; 3. Allgemeine Vereinsangelegenheiten; 4. Fragekasten. [700]

Deutscher Buchdrucker-Kalender

für 1904
von Ludwig Rexhäuser.
Preis 1 Mk.
Verlag von Radelli & Hille, Leipzig
Salomonstraße 8.

Für Buchdrucker! Für eine sozialdemokratische Zeitung wird ein Hilfsredakteur u. Berichterstatter

per sofort gesucht. Nur solche Herren, welche von den Ideen und Prinzipien der Partei leben, überzeugt, fähig, nützlich und in jeder Hinsicht charakterfest sind, werden um Bewerbung erucht. Stenographienkenntnisse erwünscht. Eine kurze Darlegung über die Aufgaben dieses Amtes durch die Bewerber ist geboten. Beste Offerten sind zu richten unter Nr. 705 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Für eine größere Buchdruckerei Leipzig wird ein arbeitsfreudiger, in allen Arten des Druckes durchaus tüchtiger

Obermaschinenmeister

gesucht. Es wird nur auf einen Mann reflektiert, der energisch ist und es versteht, in dem ihm unterstellten Personale die Ordnung aufrecht zu erhalten. Der Eintritt könnte eventl. sofort erfolgen. W. Dff. mit Gehaltsanspr. u. Zeugnisabschr. an d. Geschäftsst. d. Bl. u. H. B. 704 erb

Bestes Bildungsmittel für jüngere Gehilfen! Unterrichtsbriele für Buchdrucker.

Soeben erschien: Serie B: Druckerbrief 17, Akzidenzdruck.

Zu beziehen durch Richard Härtel in Leipzig-R., Kohlgartenstrasse 48. [697]

Unentbehrlich! Unentbehrlich! Anhang zum Tarife

von Konrad Eichler, Leipzig, Salomonstr. 8

Preis pro Exemplar 10 Pf.
Von den Verbandsfunktionären oder vom Herausgeber direkt zu beziehen. Im Porto wolle man den Bestellungen außerdem noch bis zu 6 Stück 3 Pf., 7 bis 12 St. 5 Pf., 13 bis 30 St. 10 Pf. beilegen.

Insertions-Bedingungen: Biergespaltene 25 Pf., Stellen-Angebote, Gesuche u. Vereinsangelegen bei direkter Verbindung die Zeile 10 Pf., Belegnummer 5 Pf. — Die sämtlichen Beiträge müssen bei der Ausgabe der Zeilen entrichtet werden. — Offerten ist Freimarke zur Weiterbeförderung beizufügen.

Richard Härtel, Leipzig-R.

(Inhaberin: Klara verw. Härtel)

Kohlgartenstrasse 48

liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko.

Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.
Unterrichtsbriele für Buchdrucker. Erschienen sind: Druckerbrief 1. Utenfisten; Handpresse 2. Siegeldruckpresse, 3. 4. Schnellpresse, 5. Verschiedene Systeme derselben. 6. Doppel- u. Zweifarbmaschine; Satzapparate u. Bogensauger. 7. Notationsmaschine. 8. Verschiedene Systeme derselben. 9. Das Papier und seine Behandlung (Doppelbrief). 10. Farbe und Walzen. 11. Formatmachen, Ausschleifen und Schließen der Formen. 12. Drucken im allgemeinen an Hand- und Schnellpressen. 13. Werkdruck (Sterotypplatten). 14, 15, 16. Der Abonnementdruck — Jeder Brief 75 Pf., im Abonnement Brief 50 Pf.

Am 17. Februar verstarb in Jena im 67. Lebensjahre der Buchdruckerinvalide

Adolf Krasemann

Mitglied des Verbandes der Deutschen Buchdrucker seit dessen Gründung. Der Name des Verstorbenen ist mit der Geschichte unsers Verbandes und speziell des Gauces Osterland-Thüringen auf das innigste verknüpft. Noch im vorigen Jahre weilte er bei der fünfundsingzigjährigen Gaujubiläumsfeier als ältestes unter den Mitgliedern des Bezirks Jena, allen ein leuchtendes Vorbild treuer Pflichterfüllung und kollegialen Strebens.

Sein Andenken hält dauernd in Ehren [701]

Bezirk und Mitgliedschaft Jena.